

1. Bblj. Jags' cltowka

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 fl.
monatl. 4.80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 fl. Bei
Postbezug vierteljährlich 16.16 fl., monatl. 5.39 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 8 fl. Old. Deutschland 2.50 fl. M.M. Einzelnummer 25 fl. Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsführung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einfache Millimeterzeile 15 Groschen, die einfal-
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 fl. D. Pf.
Deutschland 10 fl. 70 Goldfl., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abteilung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffentliche Bühne 100 Groschen. — Für das Erheben der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postlesekonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 17.

Bromberg, Mittwoch den 22. Januar 1930.

54. Jahrg.

Köpfe der Londoner Tagung.

Vom Schauspiel der Seabräzungskonferenz.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Die fünf streitenden Großmächte haben zu der Seabräzungskonferenz in London, der größten Konferenz dieser Art seit dem Weltkrieg, wohl das beste „Menschenmaterial“ geschickt, über das sie verfügen. Dies gilt vor allen Dingen für Frankreich. Tardieu und Briand an der Spitze der 8000igen französischen Delegation — damit lädt sich schon etwas ansingen. Eben haben die beiden Männer im Haag bewiesen, daß sie nicht zu unterschätzende Verhandlungspartner sind. Der alte Schlaufuchs Briand wird durch den etwas unmittelbar reagierenden, stets sprungbereiten Tardieu auf das Wirkungsvolle ergänzt. Zweifellos ist Briand viel erfahrener als Tardieu. Er ist heute vielleicht der erfahrungreichste Staatsmann der Gegenwart. Tardieu hat dagegen vor dem Haag nur eine einzige ganze große Konferenz „durchgemacht“: die Konferenz von Versailles, wo er dem alten Clemenceau eifrig und treu gefundene. Die geringe Konferenzfahrung macht sich bei Tardieu durch die außerordentlich gute Clemenceauschule wett. Da müssen sich die Angelsachsen auf vieles gefaßt machen...

An der Spitze der englischen Delegation stehen der englische Premierminister Macdonald und der Außenminister Henderson. Macdonald ist derjenige Mann, der am meisten für das Zustandekommen der Seabräzungskonferenz geleistet hat und der am stärksten an ihrem Gelingen interessiert ist, und dies sowohl aus persönlichen wie aus sachlichen Gründen. Persönlich, also parteipolitisch betrachtet, — das ist in diesem Falle beinahe ein und dasselbe — braucht Macdonald einen neuen Erfolg auf dem Gebiete der Außen- und Friedenspolitik, um die innerpolitischen Blößen der Arbeiterregierung wenigstens einigermaßen zu decken. Er geht wohlgerüstet in die Konferenz, weil er auf seiner Amerikareise bereits den Boden recht sorgfältig abgetastet hat. Sachlich gesehen, wird seine Lage auf der Konferenz eine äußerst schwierige sein; denn für England steht nicht mehr und nicht weniger als das Schicksal seines Weltreiches auf dem Spiel: die Machtverhältnisse zur See verschieben sich immer mehr zu Ungunsten Englands, und da hat Macdonald keine andere Sorge, als diese Verschlechterung aufzuhalten. Er wird dabei von Henderson unterstützt, einem ruhigen und besonnenen Mann, der zwar nicht als überaus genial gelten, der sich aber einer großen Routine bei den internationalen Verhandlungen rühmen kann.

Amerika ist auf der Londoner Konferenz durch den Staatssekretär des Außenministers H. V. Stimson vertreten: Er ist der einzige von den Hauptdelegierten, der überhaupt zum ersten Mal an einer internationalen Tagung so großen Stils teilnimmt. Es sind ja auch nur wenige Monate her, seit Stimson zum Nachfolger Kelloggs ernannt wurde. Seine bisherige Haupttätigkeit verlief auf den Philippinen-Inseln, einem Ort, der am wenigsten dafür geeignet ist, den Kontakt mit der Außenwelt zu fördern. Die Hauptstärke Stimsons liegt darin, daß er ein Amerikaner ist. Hinter ihm stehen die Vereinigten Staaten mit Präsident Hoover an der Spitze. Das genügt. Die Autorität Stimsons ist allein dadurch voll gesichert. Kommt seine persönliche diplomatische Geschicklichkeit noch hinzu, dann um so besser. Erforderlich ist sie nicht, denn ein Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika kann sich den Luxus leisten, ohne außerordentliche Fähigkeiten auszukommen. Was den Menschen Stimson betrifft, so wird sich ihm in der nächsten Zeit kaum eine glänzendere Gelegenheit bieten, zu zeigen, was er ist.

Italien hat Herrn A. D. Grandi nach London geschickt. Grandi ist der jüngste Außenminister Europas, ja wahrscheinlich der ganzen Welt, aber er ist sicherlich einer der begabtesten. In ganz wenigen Jahren ist er zu einem Stern erster Größe geworden. Auf vielen Tagungen (besonders in Genf) und auf vielen äußerst verantwortungsvollen diplomatischen Auslandsreisen hat Grandi bewiesen, daß Benito Mussolini ruhig schlafen kann, solange Grandi die auswärtigen Geschäfte Italiens leitet. Grandi wird in London schon aus dem Grunde mit besonderer Geschicklichkeit operieren müssen, weil Italien die schwächste von den fünf See-Großmächten ist. Die ehrgeizigen Pläne Mussolinis hängen in vielem davon ab, wie sein Außenminister sich in London schlagen wird. Wir werden es bald erfahren.

Die japanische Delegation war die erste, die in England eintraf. Sie hat sich viel Zeit zur Vinarbeitung genommen: die Japaner sind ein gründliches und vorsichtiges Volk. An der Spitze der japanischen Delegation steht Wakatsuki, einer der Hauptführer der jehigen japanischen Regierungspartei Minseit und einer der erfahrensten Politiker Japans. Wie seine größten Kollegen verbindet er eine kaum überbietbare Fähigkeit mit einer phantastisch anmutenden Biegsamkeit, eine Kunst, die japanische Politiker vielleicht am vollkommenen beherrschen. Von hier aus wird die Seabräzungskonferenz kaum irgendwelche Überraschungen zu erwarten haben; bei den Japanern ist schon alles vorher überlegt und bis zum Ende erworben.

Nun ist die große Seabräzungskonferenz in London an die Arbeit gegangen. Wird diese Arbeit von Erfolg sein?

Austalt zur Flottenkonferenz.

Festessen im Londoner Savoy-Hotel.

London, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Vorabend der Eröffnung der Flottenkonferenz veranstaltete die Britische Regierung im Savoy-Hotel ein großes Festessen, an dem etwa 450 Personen teilnahmen. Ministerpräsident Macdonald erklärte in seinem Trunkspruch, er sei überzeugt, daß die Konferenzteilnehmer mit Herz und Seele danach strebten, die Konferenz zu einem überragenden Erfolg zu bringen. Die einer Einigung entgegenstehenden Schwierigkeiten seien offenkundig, aber alle seien sich des großen Segens bewußt, den ein erfolgreicher Verlauf der Konferenz der Welt bringe. Macdonald fand für jeden einzelnen Staatsvertreter Worte persönlicher Anerkennung und bezeichnete Briand als den Doyen und Vater der internationalen Konferenz.

Staatssekretär Stimson sagte in seiner Erwiderung, der Hauptzweck der Konferenz liege darin, die Flottenrüstungen von einem Wettbewerb zu einem gegenseitigen Übereinkommen zu führen. Das wirkliche Ziel bestünde darin, jeder Nation eine ausreichende Landesverteidigung zu schaffen, ohne aber gleichzeitig für den Nachbarn eine Quelle der Sorge und des Misstrauens zu sein.

Unterzeichnung des Young-Plans vollzogen

Haag, 21. Januar. (PAT) Das Hauptdokument des gestern unterzeichneten Haager Aktes ist das Abkommen zwischen den Gläubigermächten und Deutschland, durch das endgültig die Annahme des Young-Plans als vollkommene und endgültige Regelung der sich aus dem Kriege ergebenen deutschen Finanzfragen sowie die feierliche Verpflichtung der Deutschen Regierung festgestellt wird, die in diesem Plan vorge sehenen Annuitäten zu zahlen. Weiter sieht das Abkommen den Abruch jeglicher Verbindung zwischen der Reparationskommission und Deutschland vor. Die Funktionen dieses Organs gehen auf die Bank für Internationale Zahlungen über. Dieser Bank hat die Deutsche Regierung sowie die Reichsbahn eine Schuldenabklärung einzuhändigen, wodurch ihre Verpflichtungen festgestellt werden. In diese Bank werden die den Gläubigermächten gehörenden deutschen Annuitäten fließen.

Der letzte Artikel des Abkommens enthält eine Klausel, nach welcher sämtliche Meinungsverschiedenheiten, die entweder zwischen den das Abkommen unterzeichnenden Staaten oder zwischen einem oder einigen von ihnen und der internationalen Tributbank in der Frage der Interpretation verschiedener Punkte entstehen sollten, einem Schiedsgerichtshof vorzulegen sind, der aus fünf auf fünf Jahre ernannten Mitgliedern besteht. Dieses Gericht wird sich zusammenzusetzen aus einem Amerikaner als Präsidenten, zwei neutralen Mitgliedern, einem deutschen sowie einem Vertreter einer der Gläubigermächte.

Der Schlusssatz des Haager Abkommens sieht vor, daß der neue Plan mit dem Augenblick in Kraft tritt, da die Reparationskommission der Gläubigerstaaten sowie das Komitee für Entschädigungsfragen des Reichs festgestellt haben: 1. die Ratifizierung des Abkommens durch den Reichstag sowie die Veröffentlichung des betreffenden Gesetzes; 2. die Ratifizierung des Abkommens durch folgende vier Mächte: Frankreich, Belgien, Groß-Britannien und Italien; 3. Gründung der Bank für internationale Zahlungen und die Annahme der Verpflichtungen betreffend den Fragen durch die Bank sowie die Annahme der Erklärungen der deutschen Regierung sowie der Reichsbank in der Frage der Schulden.

Der neue Plan ersetzt den Dawesplan, beginnend mit dem 1. April 1929. Gegenüber anderen Staaten außer den vier oben erwähnten tritt er mit dem Augenblick in Kraft, da er durch sie ratifiziert worden ist.

Das Schlusprotokoll zählt folgende Dokumente auf, die im Haag zu unterzeichnen sind: Das Abkommen mit Deutschland, die Abkommen mit Österreich, Belgien, Ungarn und der Tschechoslowakei, die Konvention mit der Schweiz, die das dem Young-Plan anzu stellende Memorial betreffenden Konventionen, das Abkommen zwischen den Gläubigerstaaten, das das zitierte Vermögen betreffende Abkommen, den Austausch der Schreiben in der Frage des deutsch-amerikanischen Reparationsabkommens, den Austausch der Schreiben in der Frage der Tarife der Reichsbahn, das Abkommen über die Mobilisierung der ersten Tranche des ungeschätzten Teils der deutschen Reparations schuld und die Bestimmungen, in welcher Weise der Haager Plan den Dawesplan ersetzen soll.

Beitritt Polens zum Young-Plan.

Haag, 21. Januar. (PAT) Im Zusammenhang mit den gestern nachmittags 6 Uhr auf der Haager Konferenz unterzeichneten Abkommen seien auch die erwähnt, die die Interessen Polens betreffen. Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Mrozowski, hat den Pakt betr. des Beitritts Polens zum Young-Plan unterzeichnet und im Zusammenhang damit die Abkommen mit den Hauptgläubiger mächten, durch die Polen von sämtlichen Lasten befreit wird, die sich aus dem Versailler Traktat ergeben, und die die Entschädigung für den abgetretenen deutschen Staatsbesitz in Pommern, Großpolen und Oberschlesien sowie den Teil der deutschen und der preußischen auf diese Gebiete ent-

fallenden Schuld betreffen. Der Betrag, durch den die Hypothek Polens entlastet wird, wird mit etwa 2½ Milliarden Goldmark angegeben.

In demselben Abkommen haben die Hauptgläubiger mächte die freie Stadt Danzig von der Pflicht befreit, die Summen zu bezahlen, die auf den abgetretenen deutschen Besitz im Gebiet der Freien Stadt Danzig entfallen. Außerdem unterzeichnete der Delegierte Polens mit den Hauptgläubigermächten ein Abkommen, durch das die Republik Polen von der Bezahlung der Summen befreit wird, die auf den auf dem Gebiet Galiziens und des Teschener Schlesiens gelegenen abgetretenen österreichischen Besitz entfallen und etwa 1½ Millionen Goldkronen betragen. In demselben Abkommen wurde Polen von der Bezahlung der sogenannten Befreiungsschuld befreit, die auf die Staaten entfällt, welche Gebiete von der früheren österreichischen Monarchie erhalten haben. Diese Schuld betrug 228 Millionen Goldfrank.

Die Regelung dieser verwickelten Finanzprobleme und gegenseitigen Verpflichtungen stützte sich auf die Idee der Streichung der beiderseitigen Forderungen. Dieser Grundsatz hat in allen Hauptabkommen Anwendung gefunden und in den deutsch-polnischen Beziehungen fand er seinen Ausdruck in dem Warschauer Abkommen vom 31. Oktober 1929, das in dem allgemeinen Abkommen der Mächte mit Deutschland berücksichtigt wurde. Der Grundsatz des Vertrags auf die gegenseitigen Forderungen hat auch in dem allgemeinen österreichischen Abkommen seinen Ausdruck gefunden. In diesem letzteren versuchte die polnische Delegation vom ersten Augenblick an mit der österreichischen Delegation eine entsprechende Verständigung abzuschließen. Diese Verständigung wurde gestern durch den Präses Mrozowski und den österreichischen Kanzler Schöber unterzeichnet.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Regelung der Rechnungen wurde auch zwischen der polnischen Delegation und den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens die Frage der Zahlung der Summen geregelt, durch die Polen aus dem Titel des Anteils an den Kosten der Unterhaltung der aliierten Okkupations-Armeen auf dem Volksabstimmungsgebiet belastet worden war.

Snowdens Schlussrede.

Haag, 20. Januar. In der Rede, die der britische Schatzkanzler Snowden im Anschluß an den Unterzeichnungsaal hielt, führte er u. a. aus: Wir haben hier die Aufgabe gelöst, die wir uns gestellt hatten. Zehn Jahre liegen hinter uns, während deren die Frage der Friedensregelung der Gegenstand von Konferenzen gewesen ist, die uns stets einen Schritt vorwärts brachten. Wir glauben, daß in dem jetzt unterzeichneten Dokument der Abschluß erreicht ist; die Aufgabe, die uns seinerzeit in Genf gestellt wurde, betrifft die endgültige Regelung der Kriegsüberbleibsel. Keiner von uns hat alles erreicht, was er erstrebte, aber wir haben ein ehrenvolles Kompromiß erreicht. Wir sind besonders darüber erfreut, daß es auch gelungen ist, die seit zehn Jahren für die Weisheit der europäischen Staatsmänner zu schwierige Frage im letzten Augenblick gelöst zu haben. Besonderer Dank gebührt neben Louncheur der deutschen Delegation für ihr Verhalten im Ausschuß für deutsche Reparationen, wo sie mit Mut, aber doch mit vollkommener Verbindlichkeit in der Form, die Interessen ihres Landes gewahrt hat, und ich bin davon überzeugt, daß alle guten Bürger ihres Landes ihr Anerkennung zollen werden.

Es ist unmöglich, am Schluß einer Arbeit von Jahren zu vergessen, dessen Geist, wenn er auch selbst nicht mehr unter uns wellen kann, wir dieses Werk am meisten zu verdanken haben: Dr. Stresemann, dessen Geist in unserem Werk erhalten ist. Von allen Lehren der Menschheit ist der Frieden die höchste.

Die Rede Snowdens fand lebhaften Beifall.

Das polnische Fazit in Genf.

Zaleski über die letzte Session des Völkerbundrats.

Genf, 21. Januar. Der polnische Außenminister Zaleski, der in der diesmaligen Session des Völkerbundrats den Vorsitz führte, gewährte vor seiner Abreise nach Paris auch dem hiesigen Vertreter des „Illustrowanego Kurjera Codziennego“ eine Unterredung. Über das, was die letzte Session Polen gebracht hat, äußerte sich Herr Zaleski wie folgt:

„Außer den Beratungen, die im Palais des Nations gepflogen wurden, haben im Hotel les Bergues Gespräche stattgefunden, die für Polen besonders wichtig sind. Denn dort unterhielten sich fern von dem vielsprachigen Raum, der im Sitz des Völkerbundes herrscht, in den stillen Gemächern des Hotels die Minister Knoll und Rauscher über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen, das in dem Komplex der deutsch-polnischen Probleme den ersten Platz einnimmt. Dieses Problem, das sich leider noch in flüssigen Zustande befindet, müßte in der aller næchsten Zeit gelöst werden, und ich habe die Hoffnung, daß die Genfer Gespräche dazu beitragen werden, und daß nicht irgendein kleines Steinchen wiederum den Gang der ganzen Maschine hemmt. Die wichtigsten Fragen sind bereits erledigt, doch es handelt sich noch um einige Fragen, über die eine Verständigung nicht erreicht wurde.“

Mit einer gewissen Befriedigung kann ich jedenfalls feststellen, daß die deutsch-polnischen Beziehungen auf normale Bahnen geleitet werden, langsam zwar, sehr langsam. Wer

angesichts des allgemeinen Strebens nach Besiedlung müssen auch die deutsch-polnischen Beziehungen am Schärfste verstetzen. Polen treibt eine Politik des Friedens und zeigt daher das Maximum des guten Willens. Es gibt aber Fragen, die sich für uns zu einer Diskussion durchaus nicht eignen, Fragen, die für uns nicht bestehen und von uns vollkommen klar behandelt werden.

Die deutsch-französische Verständigung kann Polen nur begrüßen. Die realen Grundlagen der polnisch-französischen Freundschaft stehen damit nicht im Zusammenhang. Eine Versöhnung aber zwischen Berlin und Paris kann ein Element mehr bilden, durch das die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen ermöglicht werden könnte. Gewisse Verpflichtungen, die im Zusammenhang damit in einigen Zeitungen zum Ausdruck gebracht wurden, halte ich als überspannt."

Polnische Proteste gegen den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag.

Warschau, 20. Januar. Gestern mittag fand im Sitzungsraum der Stadtverordnetenversammlung eine zahlreiche besuchte Versammlung von Vertretern Warschauer sozialer Organisationen in der Frage des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens statt. Den Vorsitz führte der Vizepräsident der Stadtverordnetenversammlung Rechtsanwalt St. Wiliński. Als erster sprach der Abgeordnete Prof. Bohdan Winiarski.

Es ist bezeichnend, sagte er, daß der Inhalt und die Bedeutung des Liquidationsabkommens der deutschen Volksgemeinschaft sehr gut bekannt ist und von dieser auch diskutiert wird, in Polen aber immer noch ein Geheimnis bleibt. Polen verzichtet auf die ihm zweifellos zustehenden Befreiungen, die der polnische Steuerzahler zahlen wird, wenn Deutschland nicht bezahlt. Deutschland dagegen verzichtet auf die phantastische (?) Summe von 720 Millionen Zloty, auf die die ehemaligen Inhaber deutschen Besitzes in Polen vor dem Pariser Gerichtshof unbegründete (?) Ansprüche erhoben haben, unbegründet, da der deutsche Besitz auf Grund des Versailler Traktats liquidiert worden ist. Deutschland verzichtet auf die Entschädigung in Höhe von 260 Millionen Zloty für die Siedlungen der deutschen Aufsiedler, die enteignet worden waren, da sie nicht den Eigentumsrecht besaßen. Unser durch das Versailler Traktat anerkanntes Recht zur Liquidierung des deutschen Besitzes im Lande, auf das wir jetzt verzichten, stützt stets auf eine unerklärliche Passivität der Regierungen. Heute wird behauptet, daß von diesem Besitz nicht viel übrig geblieben ist, kaum 2000 Hektar. Nur 150 000 Hektar Land ist in polnische Hände zurückgekehrt, auf 90 000 Hektar haben wir bereits im Jahre 1924 verzichtet. In den Händen des deutschen Großgrundbesitzes allein, der vor der Agrarreform gesichert ist, befinden sich 50 000 Hektar in Pommern und im Posenschen, in anderen Teilegebieten 50 000 Hektar. Die deutschen Aufsiedler, etwa 22 000, die auf unserer Erde durch die Aufsiedlungskommission angesiedelt wurden, hatten mit der Kommission ein Abkommen, die von ihnen die Ansiedlungen zwangsläufig wiederkaufen konnte. Die geschichtliche Gerechtigkeit richtet sich, indem sie das Recht des Wiederkaufs der polnischen Regierung einräumt, gegen die Deutschen, doch wir verzichten darauf.

Wir können uns mit dem Minderheitenvertrage nicht einverstanden erklären, und jetzt gestehen wir der Deutschen Regierung das Recht des Schuhes für die eigenen Bürger deutscher Nationalität zu. Man erzählt, daß uns das Liquidationsabkommen die Auslandsanleihe erleichtern werde, doch unsere Rechte auf Land darf man nicht veräußern. Deutschland wird nicht eher ruhen, bis wir nicht auf unsere Unabhängigkeit verzichten. Im tausendjährigen Kampfe mit Deutschland hat sich Polen gestählt, aber oft ist es schwach geworden, und die deutsche Welle überflutete uns. Das Versailler Traktat war ihr Abschluß. Sollen wir wieder Hochzeit haben? Unsere amilie Politik, die nach Osten schaut, müssen wir mit der Front gegen Westen wenden.

Als zweiter erarbeitete das Wort Rechtsanwalt St. Szurlej: „Unser Recht auf die Westgebiete ist ein Recht höherer Ordnung, aber es ist vergeblich, dies den Deutschen klar zu machen und sie milder zu stimmen, alle ohne Unterschied der Überzeugungen sind sie bereit, den Kampf „mit den Polacken“ aufzunehmen. Die Randgebiete sind die Grundpfeiler unserer Grenzen. Ihre Abtrennung mit des Schweres Scheide, das ist die Phase des letzten Kampfes, der schon heute töbt. Es gibt in diesem Augenblick keine andere Autorität wie nur den unbeirrten Instinkt der Rasse, der im tausendjährigen Kampfe mit den Deutschen sich herausgebildet hat. Vorsichtig weisen wir die Regierung auf diese Quelle der Macht und der Autorität hin. Will einmal die Regierung von uns ein Opfer an Hab und Leben, so wollen wir wissen, daß man uns nicht befehlen wird, für Fehler zu büßen, daß wir nicht für die Regierung oder eine Einzelperson kämpfen, sondern für das Volk, das ewig dauert.“

Als dritter sprach der Abgeordnete Saturmowski. Pommern hat, so sagte er, das Abkommen mit Schmerz und Entrüstung aufgenommen. Die deutschen Aufsiedler erhoben keck das Haont. Aber es gibt auch schon eine anständige Polen, es bildet sich eine einheitliche pommersche Front. Möge diese Eintracht sich auf das ganze Volk übertragen und die Nichtratifikierung des Abkommens bewirken. Zum Schluß wurde folgende

Geschließung

angenommen:

„In gehöriger Einschätzung der Bedeutung und Notwendigkeit des Abschlusses von Traktaten mit dem westlichen Nachbarn, die normale Nachbarliche Beziehungen ermöglichen, gestützt auf den Grundsatz der Gleichwertigkeit der gegenseitigen Rechte und Pflichten, protestieren die Versammlten gegen das deutsch-polnische Abkommen vom 31. Oktober 1929, da es diese Grundsätze verletzt und im besonderen weil es einen einseitigen Verzicht auf politische Rechte Polens durch den Polnischen Staat umfaßt, die sich aus dem Versailler Traktat und den Berechtigungen der ehemaligen Aufsiedlungskommission in Posen ergeben. Um die volkische Volksgemeinschaft im Innern und Auslande über die Gefahren aufzuklären, die entstehen würden, falls das deutsch-polnische Abkommen vom 31. Oktober auch in dem den erwähnten einseitigen Verzicht umfassenden Teile Gesetz werden sollte, sowie zur Beteidigung der moralischen und historischen Rechte des polnischen Volkes auf die Westgebiete, wenden sich die Versammlten an die polnische Gesellschaft zum Schutze der Randgebiete in Warschau, möglichst im Einvernehmen mit anderen verwandten Organisationen ein Komitee mit dem Recht der Kooptierung zu organisieren, das

die Arbeiten in der erwähnten Richtung in Angriff zu nehmen hätte.“

Zu Delegierten für dieses Komitee wurden gewählt: Abg. T. Rompezyński, Senator Kozicki, Abg. Winiarski, Senator Wladyslaw Seyda, Abg. St. Stroniecki, Senator Szembek u. a.

Offener Brief an Herrn Bartel.

Aus Paris wird gemeldet: Im „Figaro“ wird ein Offener Brief an den polnischen Ministerpräsidenten Bartel veröffentlicht, der von dem ehemaligen russischen Politiker und Mitglied der Duma Karaulow unterzeichnet ist. Karaulow beruft sich in seinem Brief auf die in den russischen in der Emigration erscheinenden Zeitungen und in französischen Blättern veröffentlichten Enthüllungen des früheren Botschaftsrat Bieliński, in denen die Rolle dargelegt wird, die Boklow bei der Ermordung des Barons Nikolaus II. gespielt hatte. Karaulow behauptet weiter, daß, wenn die Enthüllungen Bielińskis über die Ermordung der Barenfamilie im Jahre 1927 dem polnischen Gericht bekannt gewesen wären, Kowarda sicherlich freigesprochen worden wäre.

Zum Schluß wendet sich der Autor des Briefes mit der inständigen Bitte an den Ministerpräsidenten Bartel, die gegenwärtigen Umstände zu berücksichtigen und Kowarda, der lediglich der Ausdruck russischen Patriotismus war, der Gnade des Präsidenten der Republik zu empfehlen.

Vor dem Warschauer Besuch des Präsidenten Estlands.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 18. Januar. In der Warschauer Presse beginnen bereits die Begrüßungsansätze zu Ehren des estnischen Staatspräsidenten Dr. Otto Strandman, der bald in Warschau als Gast des polnischen Staatspräsidenten eintreffen wird, zu erkennen. Diesem Besuch, der im Sommer dieses Jahres durch den Besuch des Präsidenten der polnischen Republik in Tallinn erwähnt werden wird, wird von den maßgebenden Faktoren eine über seine zeremonielle Bedeutung für die Fortentwicklung der polnisch-estnischen Freundschaft weit hinausreichende Wichtigkeit beigemessen. Es ist kein Zufall, daß dieser die Vertiefung der polnisch-estnischen Freundschaft manifestiv zum Ausdruck bringende Akt während des jetzigen auf die persönliche Macht und Autorität des Marschalls Piłsudski gestützten Regimes erfolgt.

Den Kern des jetzigen Sanierungsagers bilden noch immer Personen aus jenen Kreisen, in deren außenpolitischen Orientierungen die antirussische Frontstellung die feste Axe noch in den ersten Jahren des neuen polnischen Staates gebildet hatte. Diejenen, damals für die gesamte polnische Linke vorangehenden, unter der Führung Piłsudskis stehenden Kreisen eigentümliche außenpolitische Orientierung befand sich doch in einem (heute sehr gemilderten oder nicht mehr existierenden) schroffen Gegensatz zu den außenpolitischen Grundtendenzen dessenigen Teils der polnischen Bevölkerung, der im Bannkreise der nationaldemokratischen Ideen und Parolen lebte. Dies war eben der noch heute zum Teil nachwirkende Gegensatz zwischen den Anhängern der in die Vorkriegszeit zurückreichenden sog. Unabhängigkeitsbewegung und denjenigen der während des Krieges russophilen, nach dem Kriege einseitig frankophilen Richtung. Die ehemaligen Russophilen, für die die Direktiven der „Action Française“ in allen Fragen der europäischen Politik ausschlaggebend waren, verlegten sich insbesondere auf die antideutsche diplomatische und propagandistische Arbeit, vertraten die Notwendigkeit engerer Freundschaftsbeziehungen mit der Tschechoslowakei, der Zusammenarbeit mit der kleinen Entente und waren sehr rege an der Anhängerung der Voraussetzungen für das später abgeschlossene polnisch-rumänische Militärbündnis beteiligt. Dagegen war die Haltung der ehemals russophilen nationaldemokratischen führenden Politiker der prinzipiell antideutschen Einstellung gemäß überaus vorsichtig, vorausgehend und den verschiedenen Möglichkeiten einer künftigen Verständigung mit Russland Neigung tragend. Daran ergab sich eine ausgesprochen kritische Beurteilung des Wertes einer auf die baltischen Staaten gerichteten Hegemoniepolitik. Diesejenigen dagegen, welche die Aufzüpfung und Pflege der Beziehungen Polens zu den baltischen Staaten von Anfang an richtig eingeschätzt haben, waren die aus den Kreisen des ehemaligen Unabhängigkeitsagers hervorgegangenen Politiker und Diplomaten. Alle Errungenschaften der polnischen Diplomatie in den baltischen Staaten, insbesondere aber die Erzielung der engen Anerkennung Estlands an Polen sind das Werk von Piłsudskis.

Die Politik Polens gegenüber dem Baltikum hat sich mit der Zeit als eine Politik erwiesen, die sich organisch in den Ausbau des Deutschlands von Rusland abtrennende Staatenwälle vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer einfügt. Infolgedessen sind die Einwendungen der estnischen Diplomaten gegen die außenpolitischen Vorstöße in den baltischen Staaten angesichts der unvergleichlich günstigen Resultate verständig. Es ist aber natürlich, daß aus den Regierungskreisen, die den Hinweis auf außenpolitische Erfolge mit Rücksicht auf die innerpolnischen Verhältnisse benötigen, der erste Aufsprung kommt, die große Bedeutung des Besuchs des estnischen Präsidenten in Warschau ins hellste Licht zu stellen.

Die „Gazeta Polska“ führt eine Analogie zwischen dem Schicksal Polens und Estlands durch und malt die Schicksalsverwandtschaft folgendermaßen aus: „In gleicher Weise sucht in uns als Saisonstaaten zu behandeln. Beide Jahre sind vergangen und das Bild hat sich grundsätzlich geändert. Täglich wächst in Warschau die Zahl der Botschafter der Staaten, welche Polen als Großmacht anerkannt haben. Von Tag zu Tag wächst die Zahl der ständig in Tallinn und Riga akkreditierten Gesandten der Staaten, die dadurch die dauernde Bedeutung und ernsthafte Rolle der baltischen Staaten im Osten Europas anerkennen. Der Austausch der Besuche zwischen den Präsidenten Estlands und Lettlands und dem Könige von Schweden war eine Manifestation der Erneuerung der Freundschaftshande zwischen Skandinavien und diesen Staaten. Der Austausch der Besuche zwischen den Präsidenten Estlands und Polens wird ein neuer Beweis der Stabilisierung der Verhältnisse in Osteuropa sein...“

Ein Auslandspass — 100 Zloty.

Wie der Warschauer Korrespondent des „Illustrator“ erklärt, ist die Herausgabe des Auslandspasses bereits entschieden worden. Nach dem vom Ministerpräsidenten Bartel genehmigten Projekt soll der Pass 100 Zloty kosten. Die entsprechende Verordnung wird mit Ablauf des Winters in Kraft treten.

Schurmans Abschied von Deutschland.

Der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. H. C. Schurman, wurde am Sonnabend vom Reichspräsidenten in Abschiedaudienz empfangen. Im Anschluß daran gab der Reichspräsident in seinem Palais zu Ehren des scheidenden Botschafters ein Frühstück, an welchem u. a. der Reichskanzler und zahlreiche führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen. Bei der Tafel brachte der Reichspräsident einen Trinkspruch aus, in dem er u. a. sagte: Sie kennen unser Land bereits seit früher Jugend und haben es in besseren Tagen gesehen, so daß Sie unsere jetzige Lage richtig zu beurteilen vermöchten. So haben Sie während Ihrer fast fünfjährigen Arbeit hier zur Wiederherstellung der alten guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wesentlich beigetragen. Mit aufrichtiger Dankbarkeit haben wir das große Interesse begrüßt, das Sie unserer Wissenschaft und unseren kulturellen Bestrebungen entgegengebracht haben, und das in ganz besonderer Weise in der von Ihnen geschaffenen großen Stiftung für die alberühmte Heidelberger Universität seinen Ausdruck gefunden hat; das neue Universitätshaus am Neckarstrand wird Ihren Namen, Herr Botschafter, dauernd mit dieser Pflegestätte deutscher Geistesarbeit verbinden.

Zum Schluß widmete der Reichspräsident auch der Gattin und Tochter des scheidenden Botschafters herzliche Worte.

In seiner Entgegennahme sagte Herr Schurman u. a.: Daß ich zur Wiederherstellung und Förderung der alten guten freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern etwas beigetragen habe, war eine Genugtuung und eine Ehre für mich, die ich immer als die höchste meines Lebens betrachten werde.

Fremde Nationen, und nicht am wenigsten die Vereinigten Staaten von Amerika, verdanken viel der deutschen Wissenschaft und Kultur. Da die Universitäten in der Neuen Welt sich entwickeln konnten, bezog eine große Anzahl amerikanischer Studenten deutsche Universitäten, wo sie mit großzügiger Gastfreundschaft aufgenommen wurden. Das neue Universitätsgebäude, welches jetzt an den Ufern des Neckars entsteht, ist eine Anerkennung — und wird als Symbol bestehen bleiben — unserer Dankeschuld an die ehrwürdige Heidelberg.

Als Privatmann wird es mein Bestreben sein, das gute Einvernehmen und die herzliche Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke weiter auszubauen.

Der Trinkspruch klang aus in einem Hoch auf den Staatspräsidenten und auf das Gediehen des deutschen Volkes.

Der Fall Wirth.

Zu der von dem größten Teil der reichsdeutschen, englischen und französischen Presse verbreiteten Darstellung über das Intermezzo zwischen Dr. Wirth und Snowden gab Dr. Wirth im Einvernehmen mit der englischen Delegation folgende Erklärung ab:

Durch die deutsche Presse ließen Äußerungen des englischen Pressehefts „Standard“ über Bemerkungen, die Reichsminister Dr. Wirth anlässlich der Besprechung der Sanktionsfrage im Kreise der sechs einladenden Mächte getan haben soll. Die Äußerungen, wie sie in einem Teil der deutschen Presse wiedergegeben sind, sind nicht gefallen. Und auch der englische Pressechef hat sie so, wie behauptet wird, nicht weitergegeben.

Bei der damaligen Besprechung handelte es sich um die Beantwortung der vom Schatzkanzler Snowden gestellten Frage, ob bei einer etwaigen Diskriminierung einer einzelnen Nation durch Deutschland auch diese einzelne Nation in dem gegebenen Falle vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof Klage erheben könne. Die Frage wurde dem Vertragstext entsprechend heute wie damals beigelegt. Im übrigen betonte heute abend Reichsminister Dr. Wirth, daß eine solche Diskriminierung praktisch nicht in Frage kommen könne, da ja Deutschland nicht die einzelnen Gläubigermächte auszahle, sondern dies Aufgabe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sei. Snowden schloß sich der Feststellung des Reichsministers Dr. Wirth in der heutigen Abendstunde auf Entscheidende an.

Deutsches Reich.

Rückkehr der deutschen Haager Abordnung nach Berlin.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Abordnung ist nach dem gestrigen Abschluß der Haager Konferenz heute vormittags 8 Uhr wieder in Berlin eingetroffen.

Kleine Rundschau.

* Neue französische Rekorde. Die französischen Flieger Costes und Godot, die über der Gegend von Nîmes mit 500 Kilogramm Belastung einen Dauerflug angestrebt haben, um Weltrekord zu verbessern, haben den Geschwindigkeitsweltrekord mit 500 Kilogramm Nutzlast über 2000 Kilometer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 210 Kilometer geschlagen. (Der frühere Rekord war von dem deutschen Flieger Steinendorf mit 205,407 Kilometer aufgestellt.) Sonnabend früh um 4 Uhr schlugen die beiden Franzosen den Streckenrekord in geschlossenem Rundfluge mit 500 Kilogramm Nutzlast, indem sie mehr als 2735 Kilometer zurücklegten, also die von den deutschen Fliegern Schnäbel und Voos erzielte Rekordziffer übertrafen. Sonnabend früh um 7,24 Uhr hatten die französischen Flieger 3500 Kilometer und um 10,34 Uhr 4000 Kilometer zurückgelegt, letztere in 19,417 Stunden Flugzeit. Die beiden Flieger Costes und Godot sind Sonnabend nachmittag 15,33 Uhr, nachdem sie sich 23 Stunden 22 Minuten 49 Sekunden in der Luft gehalten hatten, auf dem Flugplatz Istres gelandet.

Bromberg, Mittwoch den 22. Januar 1930.

Pommerellen.

21. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

Der Grandenzer Kreistagsbeschluss betr. die Erhebung einer Steuer von den bewohnten Gebäuden, hat die ministerielle Bestätigung gefunden. Die Bestätigung bestimmt, daß die Steuer erst seit der Beschlusssatzung (8. Oktober 1929) erhoben werden darf. Demgemäß ist dem § 11 des Statuts von der Aufsichtsbehörde folgender Wortlaut gegeben worden: „Die veranlagte Steuer hat der Zahlungspflichtige innerhalb 14 Tagen nach Einhändigung der Zahlungsauforderung zu entrichten.“ — Von besonderer Wichtigkeit sind die §§ 3 und 4 des Statuts, nach denen (§ 3) als Grundlage der Besteuerung der derzeitige volle Nutzungswert der Gebäude bzw. der volle Nutzungswert der vermieteten Gebäudeteile festgesetzt worden ist. Die Steuer beträgt nach § 4 16 Prozent der in § 3 bestimmten Veranlagungsgrundlage. *

Viehseuchen. Amtlich wird zur Kenntnis gebracht, daß die Schweinepest und Schweinepest auf den Besitzungen der Landwirte Kożel in Prust (Pruszcza), Mende in Szwecja, Puśc in Bedlinken (Bedlen), Kanaian in Chryszel (Chrystowo), Richek in Sanskau (Bajaczkow), sowie auf der Propstei in Schewekau (Swieckowo), Kreis Schweb, sowie die Vieh- und Wildseuche unter dem Viehbestande des Gutes Gr. Płochotzki (Płochocin), ebenfalls Kreis Schweb, erloschen sind. Ausgebrochen ist die Schweinepest unter den Schweinebeständen der Landwirte Burdziński in Alt Marsau (Stare Marzy) und Bojnowski in Konschiz (Kończyce), Kreis Schweb. *

Ein noch recht glücklich abgelaufener Unfall ereignete sich Sonntag nachmittag in der dritten Stunde in der Börgenstraße (Sienkiewicza). Ein von der Richtung Getreidemarkt (Plac 23. Stycznia) kommendes beladenes Lastauto, das einer Lautenburger Firma gehört und von Chauffeur Josef Swaromski gesteuert wurde, stieß auf der Börgenbrücke infolge Versagens der Steuerung mit dem Borderteil mit großer Wucht an das rechte Seitengeländer der Brücke. Der Anprall war so heftig, daß ein mehrere Meter langes Stück der eisernen Barriere aus ihrem steinernen Fundament gerissen und abgebrochen wurde. Zum Glück kam das Gefährt, von dem bereits ein Borderrad über die Brückstelle hinwegtrat, zum Stehen, so daß ein Absturz auf den dortigen asphaltierten Plasterweg und damit ein großes Unglück vermieden wurde. So ist denn außer der starken Beschädigung der Brücke und einem leichteren Schaden des Autos kein weiterer Verlust entstanden. Der Chauffeur konnte, nachdem das Automobil aus seiner gefesselten Lage befreit worden und der Sachverhalt festgestellt worden war, seine Fahrt fortsetzen. *

Büro für die Fahrtempovorschriften durch Autos ereignen sich trotz aller Warnungen und Bestrafungen immer wieder. So wurden Sonnabend und Sonntag nicht weniger als 7 Chauffeure wegen zu schnellen Fahrens zur Bestrafung notiert. *

Übersahren wurde in der Trinkstraße (Trynkowa) von dem Auto P. M. 25085 ein zwölfjähriges Mädchen namens Wiktorja Temińska. Dabei erlitt das Kind erhebliche Verletzungen. Es wurde in die Dr. Grygielsche Klinik gebracht. Ob den Chauffeur oder das Mädchen selbst die Schuld an dem Unfall trifft, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. *

Möglicher Einbruchdiebstahl. Ins Restaurant Höhlershöhe einzubrechen machten in der Nacht zum Montag einige Spitzbuben den Versuch. Ihr Vorhaben gelang ihnen jedoch nicht, da sie bei Seiten von Haushbewohnern bemerkt und zu schleunigster Flucht veranlaßt wurden. *

Festgenommen wurden laut letztem Polizeibericht 7 Personen und zwar 4 Diebe und 3 Betrunkenen. *

Thorn (Toruń).

Anlässlich der Zehn-Jahresfeier der Besitzerbegrenzung Thorns und Pommerells durch die polnischen Truppen fanden am Sonntag in den katholischen Kirchen feierliche Dankgottesdienste mit Predigt statt. Am Nachmittag veranstaltete die Nationale Partei (Stronnictwo Narodowe) unter Mitwirkung des Gesangvereins „Dzwon“ eine feierliche Akademie im „Schürenhaus“. Der eigentliche Jahrestag (Sonnabend) wurde durch den Gesangverein „Lutnia“ mit einem großen Gesangs- und Instrumental-Konzert im „Artushof“ gefeiert, wozu sich eine riesige Gästezahl eingefunden hatte. — Die allgemeine öffentliche Feier findet bekanntlich erst in Gegenwart des Staatspräsidenten an einem späteren Termine statt. **

Die elektrischen Signallampen in der Heiligengeiststraße (ul. Sw. Ducha), die die Annäherung einer Straßenbahn anzeigen, werden von den Radioberatern der Nachbarschaft in Grund und Boden verwünscht. Das andauernde Flackern der Lampen macht ruhigen und ungehörten Empfang unmöglich. Das Elektrizitätswerk wäre des Dankes der Rundfunkhörer gewiß, wenn es so schnell als möglich für Abhilfe sorgen würde. Unter Umständen würde es bereits genügen, wenn gleichmäßiges und nicht flackerndes Ausleuchten der Lampen erzielt werden könnte. **

Aus dem Gerichtssaal. Auf der Anklagebank der Strafsabteilung des Bezirksgerichts in Thorn nahmen die Brüder Julian und Josef Koronowski, ersterer Landarbeiter, der zweite Landwirt, wohnhaft in Przedwóz, Kreis Briesen, Platz. Dieselben waren der Brandstiftung aus Gewinn sucht angeklagt. Josef K., welchem der Vater seine Landwirtschaft von 60 Morgen übertrug, versicherte im August 1929 einen Getreideschober mit 2000 Zloty. Einige Tage später brannte der Getreideschober niederr und die Brüder Koronowski wurden der vorläufigen Brandstiftung angeklagt. Nach Vernehmung der Zeugen sprach das Gericht die Angeklagten frei. — Die zweite Sache betraf die Saaronarbeiterin Kazimiera Kulak, 19 Jahre alt, angeklagt wegen Tötung des eigenen neu geborenen Kindes. Sie schenkte einem Kind das Leben, trug es ins Freie und bedeckte es mit Reisig. Dann kehrte sie in die Baracke zurück und legte sich schlafen. Als sie am anderen Tage nach ihrem Kind sah, fand sie es be-

reits als Leiche vor. Sie vergrub darauf den Leichnam in der Scheune. Nach dem Gutachten des Dr. Skowroński war das Kind lebend zur Welt gekommen und starb infolge der Kälte. Der Staatsanwalt änderte, auf die tragische Lage der Saaronarbeiterin hinweisend, den Akt der Anklage und bat das Gericht um Anwendung mildernder Umstände. Das Gericht erkannte auf Nachlässigkeit mit Todesfolge und verurteilte die Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis unter Abrechnung der Untersuchungshaft. — Die dritte Sache betraf den 32jährigen Steinseher Bronislaus Ostrowski, wohnhaft in Thorn, bereits vorbestraft. Der selbe hatte im Oktober vorigen Jahres ein 9jähriges Mädchen, welches von seiner Mutter in die Umgegend von Piecaenia im Kreise Thorn nach Butter geschickt worden war, überfallen, in das Wölkchen gezogen und zu vergewaltigen versucht. Da das Mädchen sich heftig wehrte, so erwiderte er es. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Tempicki, beantragt Verlängerung und Überführung des Angeklagten in die psychiatrische Anstalt zwecks Prüfung seines Geisteszustandes. Das Gericht gab nach Anhörung der Gutachten der prakt. Ärzte Dr. Skowroński und Dr. Kielasiński diesem Antrage statt. **

Nassniete Betrüger. Im November vergangenen Jahres wurde durch die hiesige Kriminalpolizei festgestellt, daß der in der Friedrichstraße (ul. Warszawska) 10/12 wohnhafte Franciszek Dzarnowski und ein gewisser Ludwik Bittlan, ohne festen Wohnsitz, im Verdacht standen, von verschiedenen Postämtern Geldbeträge mit Hilfe eines gefälschten Sparbüchens der Postsparkasse (P. & O.) abgehoben zu haben. Die Überwachung der Genannten blieb ergebnislos, zumal sie Thorn in unbekannter Richtung verließen. Die Befürchtung, daß sie ihre Betrügerei in anderen Städten fortführen würden, sollte sich bestätigen. Durch die Kriminalpolizei in Łódź wurde Dzarnowski in dem Augenblick verhaftet, als er auf dem dortigen Postamt auf das gefälschte Rücklein 100 Złoty abheben wollte. Bei der durchgeföhrten Revision wurden bei ihm verschiedene Hilfsmittel zur Fälschung von Schriften und Stempeln gefunden. Die Łódzer Kriminalbehörde benachrichtigte telefonisch die hiesige Kriminalpolizei, die sofort eine Haussuchnung in der Wohnung der Geschwister des Dz., der in der Friedrichstraße 10/12 wohnhaften Maria Lorkowska, durchführte. Hier wurde ein auf deren Namen ausgestelltes Postsparkassenbuch Nr. 693 976 über die Summe von 232,82 Złoty vorgefunden, ferner heliotropisches Papier und 32 Złoty in bar. Die L. gab an, daß ihr von dem Golde nur 2,30 Złoty gehörten, während das andere Geld Eigentum des Dz. sei. — Am 8. Januar wurde sodann hier selbst der Reisende Ludwik Bittlan, ohne festen Wohnsitz, festgenommen. Er bekannte sich zur Teilnahme an den Hälschungen der Postsparkäbcher und gab an, bei folgenden Postanstalten nächstehende Summen abzuhaben zu haben: Unisław 100 Złoty, Aleksandrów 100 Złoty, Ciechanów 100 Złoty, Kutno 100 Złoty, Słabno 100 Złoty, Kruszwica 100 Złoty, Łomża, Ełk, Kieriatice, Schrimm oder Schroda, Posen-Wallischau, Posen-Versit, Gniezno und Wreschen gleichfalls je 100 Złoty. Des Namens, auf den das Sparbüchlein ausgestellt war, konnte er sich nicht mehr entsinnen. Bittlan gab ferner an, daß er im Augenblick der Verhaftung des Dzarnowskis auf dem Łódzer Postamt einige Schritte von ihm entfernt stand, daß er sich aber noch in Sicherheit zu bringen vermochte. In den nächsten Tagen fällte der D. noch ein Schnäppchen und versuchte, vom Postamt Łódź hierauf 100 Złoty zu erhalten. Der Postbeamte entdeckte aber die Fälschung, da B. diese nicht so geschickt auszuführen verstand wie Dz., und veranlaßte die Festnahme des B. durch einen Postzeibeamten. Er wurde sodann dem Bürgergericht in Mogilno zugeführt, von dort aber wieder entlassen. — Dz. und B. waren in alle Städte gemeinsam gefahren. Außer den Beträgen, die er selbst abholte, erhielt Dz. von allen Summen des B. 20 Prozent „Provision“ gezahlt, außerdem freie Reise und Verpflegung als Belohnung für die ausgeführten Fälschungen. **

Kohlendiebstähle an der Weichsel. Den von der Uferbahn kommenden Kohlenfahrzeugen wird an der Weichsel, ganz besonders aber am Finsternen Tor, von halbwüchsigen Burschen aufgelauert und um beträchtliche Mengen Kohle erleichtert. Die Jungen, die immer in größeren Trupps auftreten, gehen dabei ganz systematisch vor. Während einer oder zwei von ihnen den Kutschler abzulenken versuchen, schleicht ein „Kompagnon“ hinter dem Wagen her, wirkt, sobald der Blick des Kutschers auf die Pferde gerichtet ist, die Kohle vom Wagen ab, um sie dann von den anderen aufzuhören und in Sicherheit bringen zu lassen. Da die Kutschler diesen Horden gegenüber machtlos sind, so müßte die Polizei einmal dafür sorgen, daß diesen Kohlendieben das Handwerk gelegt wird. **

Zu einem Zweikampf kam es am Sonnabend zwischen Alojzy Sakowski aus der Konduktstr. (Wodna) 26 und Władysław Czachowski aus der Bäckerstraße (ul. Piekar) 45. Dabei erhielt der Letzte mit einem stumpfen Gegenstand einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß er eine bedeutende Verletzung davontrug. Er wurde in das städtische Krankenhaus gebracht, wo siebzig ihm erste Hilfe zuteil wurde. **

Der Polizeibericht vom 20. Januar meldet vom Sonnabend zwei kleine Diebstähle und vom Sonntag die Festnahme von drei Männern wegen Trunkenheit, sowie von zwei Frauenspersonen wegen gewebdmäßigter Unzucht und Entziehens von der ärztlichen Kontrolle. **

Aus dem Landkreis Thorn, 20. Januar. Schiffe auf einen Eisenbahngang. Sonntag nachmittag meldete der Bahnhofsleiter Antoni Weißo aus Łódź, ul. Abramowska 7 wohnhaft, daß der Personenzug Nr. 419 auf der Fahrt nach Thorn in der Nähe der Station Ottolschin durch einen unbekannten Täter beschossen worden sei. Die Kugel durchschlug das Fenster des Postwagens. Eine polizeiliche Untersuchung des geheimnisvollen Vorfalles ist im Gange. *

Vereine, Veranstaltungen ic.

Wirtschaftsverband städt. Berne. Mittwoch Sprechst. 7-9 Uhr Deutsches Heim. (15393) **

Schweiz (Swiecie), 18. Januar. Der Sonnabend-Weihnachtsmarkt war recht reichlich beliebt. Die Zufuhr von Butter war groß. Bei Beginn des Marktes wurden 2,70 bis 2,80, später 2,40-2,50 für das Pfund verlangt und meist gezahlt. Eier waren auch genügend vorhanden und wurden anfangs 2,90-3,20 pro Mandel gezahlt. Ferner kosteten: Weißkäse (Quark) 0,40, Dillkäse 1,50-2,40, Pflaumenmus 1,00, weiße Bohnen 0,40, Kocherbösen 0,35, Weißkohl 0,20, Rotkohl 0,40, Grüenkohl 0,40, Rosenkohl 0,50, Mohrrüben 0,10, Rote Rüben 0,15, Zwiebeln 0,30, Wruken 0,15, Sauerkohl 0,20 das Pfund, Zitrone 0,25, Apfelsinen 0,60 das Stück. Der Geflügelmarkt brachte Enten zu 5-7,00, Suppenküller zu 4,50-6,00, junge Hühner zu 3-4,50 das Stück, junge Tauben zu 1,80-2,00 das Paar. Der Fleischmarkt war genügend beschickt; es kosteten: Schweinefleisch 1,80-2,00, Rindfleisch 1,40-1,70, Kalbfleisch 1,40-1,50, Hammelfleisch 1,30-1,50, Rinderfleisch 2,80, Schmalz 2,60, Talg 2,00 pro Pfund. Für eine Einspannfuhrzeuge Spaltholz wurden 12-14,00 verlangt. — Der Schweinemarkt war nur mäßig beschickt. Es waren hauptsächlich Ferkel vorhanden. Man verlangte für kleine Absatzferkel 90-95 Zloty, für etwas ältere 100-110 Zloty und darüber.

Schweiz (Swiecie), 19. Januar. Ein schönes Seichen von Liebe zur heimatlichen Kirche erwies der Fährmann Wilhelm Semrau, der sich auf einem Stuhl in die Kirche tragen ließ, um hier mit seiner Ehefrau Ottilie geb. Schaaf bei der Feier ihrer goldenen Hochzeit vom Ortspfarrer, Superintendent Morgenroth, erneut eingeeidigt zu werden. Dem Jubelräumig, der 77 Jahre, und der Braut, die 75 Jahre alt ist, wurde aus diesem Anlaß das Gedenkblatt des Evangelischen Konsistoriums überreicht.

Stargard (Starogard), 20. Januar. Ein Einbruchsdiebstahl zu verüben versuchte ein unbekannter Täter im Uhrmarchegeschäft Lange in Skurz, wurde aber vertrieben. In derselben Nacht verühte wohl derselbe Dieb beim Fleischermeister Tużynski einzubrechen. T., durch den Lärm geweckt, schoß nach dem fliehenden Diebe und verlehrte ihn, wie die Blutspuren beweisen. Am nächsten Morgen wurde ein Unbekannter mit einer Schußverletzung in einer Scheune auf dem Ausbau gefunden, der angab, überfallen worden zu sein. Die Polizei stellte fest, daß es der Dieb ist, ein gewisser Michael Wasilewski aus Białystok. — Im Buge nach Skurz wurde der Direktor M. Dąbrowski bestohlen. Der Dieb, der in Mewe auf dem Bahnhof festgenommen wurde, stahl den Koffer mit allen Akten.

Strasburg (Brodnica), 20. Januar. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in Kominy hiesigen Kreises beim Ortslehrer verübt. Die Diebe stahlen ihm dabei sechs Rassekaninchen und mehrere Körbe Bienen im Werte von 200 Złoty. Einige Tage nach dem Diebstahl fand man in einer nahen Schlucht Reste von den Bienenköpfen. An der dortigen Quelle hatten die Banditen die Bienen durch Wasser vernichtet und den Honig herausgenommen. Da in letzter Zeit in der dortigen Gegend öfter Diebstähle von Gevlügel, Kaninchen und Honig vorliegen, ist anzunehmen, daß es sich um eine organisierte Diebesbande handelt muss.

Neustadt (Wejherowo), 19. Januar. Verhaftet wurden noch zwei Beamte der Stadtsparkasse, welche in die Geldschiebungssäffäre des hiesigen Magistrats verwickelt sind. Sie wurden nach Stargard geschafft. Somit befinden sich sieben ungetreue Beamte in Untersuchungshaft und stehen ihrer Aburteilung entgegen.

Verent (Kościerzyna), 16. Januar. Verhaftung der Mörder von Alt-Paleschen? Von der Polizei konnten jetzt die beiden Arbeiter Ordon und Maria verhaftet werden, die im Verdacht stehen, den Besitzer Tocha in Alt-Paleschen ermordet zu haben. Bei den durchgeföhrten Haussuchungen beschlagnahmte man eine große Menge Diebesgut, das aus den Einbrüchen stammte, die in der letzten Zeit im Kreise Verent verübt wurden und die Gemüter der Bewohner des Kreises in Aufregung versetzten. Mit der Verhaftung der oben Genannten dürfte also auch die Einbrecherbande unschädlich gemacht worden sein. Ihre Beteiligung an der Mordäffäre bestreiten jedoch die Verhafteten.

Graudenz.

Danstagung.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme bei der Bestattung meines lieben Mannes, Vaters, Schwagers und Onkels sagen wir allen Beteiligten, insbesondere Herrn Pfarrer Dieball für die trostreichen Worte in der Leichenhalle und allen Kranzpflanzenden unseren herzlichsten Dank.

Frau Ida Schulz und Tochter.
Grudziądz, den 20. Januar 1930.

1259

Thorn.

Soya-Schrot	1099
Lein-Schrot	
Raps-Schrot	
Sonnenblumenkuchen	
offerten in jeder Menge ab meinem Lager zu günstigen Bedingungen	
Zygmunt Huzukowski, Toruń	
Mostowa 8	Tel. 67 u. 68

mit 4 Wohnungen und mehreren Gebäuden für gewerbliche Zwecke unter günstigen Bedingungen zu verkaufen
Stowacięgo 43, l. 1253
Gute Milchkuh zu verkaufen. Dahmer, Niezwia, powiat Toruń.

Deutsche Kritik am Verkehrsministerium.

In der Haushaltsskommision führte Abg. Karan vom Deutschen Parlamentarischen Club zum Budget des Verkehrsministeriums folgendes aus:

Ehe ich auf verschiedenen Einzelheiten im Haushaltssplan des Verkehrsministeriums eingehen möchte ich dem Herrn Minister folgende Fragen vorlegen: 1. Haben diejenigen Landwirte, die Land zum Bau von Eisenbahnliniens hergeben mussten, die ihnen zukommende Entschädigung bereits erhalten? Vor einem Jahr habe ich mich in dieser Angelegenheit an das Verkehrsministerium gewandt, aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

Bei der Entlassung der Eisenbahnangestellten und -arbeiter wird sehr ungerecht vorgegangen, besonders in der Danziger Eisenbahndirektion, aber — wie wir in der Kommission gehört haben — haben die Beamten Wichtigeres zu tun. Was sagen Sie, Herr Minister, zu den Verschwendungen von befähigten Eisenbahnbeamten, die in den schwersten Zeiten sich bewährt hatten? Weshalb wurde Dr. Wilczek pensioniert? Etwa wegen der Schienen, die 1922 bei Hütten bestellt wurden oder — wie man in Oberschlesien spricht — wegen der Bestechungsaffäre, die Dr. Wilczek aufdecken wollte?

Ich wende mich dem Budget zu. Es wird immer und überall von Sparmaßnahmen gesprochen. Aber wenn wir uns die Positionen für Reparatur des Eisenbahnparks ansehen, dann müssen wir feststellen, daß diese ungeheuer hoch sind. Im Bericht der höchsten Kontrollkommission für das Jahr 1928/29 lesen wir auf Seite 826 folgendes: „Die Reparatur von Lokomotiven war im Jahre 1927/28 bei der Internationalen Gesellschaft in Danzig um 65 Prozent teurer als in den Eisenbahnwerkstätten, und bei der Warschauer Firma um 29 Prozent, dagegen war die Reparatur von Güterwagen bei der Internationalen Gesellschaft in Danzig um 186 Prozent teurer, bei Elsop, Rau und Löwenstein um 154 Prozent, in der Danziger Waggonfabrik war die Reparatur zweimal so billig wie bei der Internationalen Gesellschaft in Danzig, in den oberschlesischen Fabriken kostete die Reparatur nur um ein wenig mehr, als in den Eisenbahnwerkstätten. Wenn man aber berücksichtigt, daß in den Eisenbahnwerkstätten nicht nur große Reparaturen, sondern auch geringere billiger vorgenommen werden, dann stellt sich im Vergleich zu dem durchschnittlichen Kostenpunkt der Reparaturen in den Hauptbahnhofwerkstätten, die Reparatur in den oberschlesischen Fabriken als noch billiger heraus.“

Die höchste Kontrollkammer hat in ihren vorhergehenden Bemerkungen darauf hingewiesen, daß die Reparaturkosten des Eisenbahnparks bei der Privatindustrie hauptsächlich deshalb so teuer sind, weil in den Verträgen mit Privatfabriken die allgemeinen Kosten in einem viel höheren prozentuellen Verhältnis zum Arbeitslohn stehen, wie in den Eisenbahnwerkstätten. So betragen diese Kosten bei der Internationalen Gesellschaft in Danzig 220 Prozent bei der Reparatur von Lokomotiven, 180 Prozent bei der Reparatur von Waggons, außerdem wird ein Gewinn von 10 Prozent der Gesamtkosten hinzugerechnet. Einen Beweis dafür, daß diese Preise zu hoch sind, finden wir in den Verträgen mit den oberschlesischen Fabriken, bei denen die Gesamtkosten einschließlich Gewinn nur 120 Prozent des Arbeitslohnes betragen.

Weder der Herr Minister noch der Herr Referent hat die oberschlesischen Werkstätten erwähnt, obwohl sie, wie aus ohigen Ergebnissen zu erkennen ist, am besten eingerichtet sind. Es wird nur von Zieleniewski, Tegielski, Ostrowiec und Chrzanow gesprochen, so als ob Oberschlesien nicht zu Polen gehört. Es werden wohl Verträge abgeschlossen, z. B. mit Elsop, weil da Amerikaner sind, die angeblich bessere Bedingungen geben. Nun, wenn es nur darum geht, um mit Ausländern Verträge abzuschließen, so haben wir ja auch in Oberschlesien, in Königshütte, einen Amerikaner (Harriman) und außerdem werden dort sämliche Teile, vom Rohstoff an bis zu fertigen Waggons, hergestellt. Es ist doch merkwürdig, daß Elsop Verträge für fertige Waggons hat und Teile zu diesen in Oberschlesien bestellt, das direkt keine Verstellungen bekommt. Gestatten Sie eine Frage: Könnten die vor Jahren abgeschlossenen Verträge nicht einer Revision unterzogen werden? Die Danziger Reederei soll sich angeblich bereit erklärt haben, den mit ihr abgeschlossenen Vertrag einer Revision unterzugeben, falls sie andere Staatsaufträge, z. B. für den Bau von Handels Schiffen bekommt.

Nun will ich zur Fortsetzung der Süß-Nord-Linie nach Gdingen übergehen. Meiner Ansicht nach ist unsere Kohlenexportpolitik ungenau. Das Verkehrsministerium legt jährlich zu den eigenen Kosten viele Millionen zu. Wenn wir den Tarifunterschied im Lande berücksichtigen, dann erhalten wir für das Jahr 1928/29 mehr als 40 Millionen, für das Jahr 1930/31 mehr als 54 Millionen, die das Land aufzulegen. Die geographische Lage unseres Kohlenbeckens ist so ungünstig, daß, wenn wir nicht für Wasserwege sorgen werden, die augenblickliche Politik für die Zukunft vollkommen fehlschlagen wird. Unsere Politik müßte dahin gehen, daß die Kohle im Lande verbraucht wird. Wir müßten für ein weit ausgebautes schmalspuriges Eisenbahnnetz sorgen, um den Landwirten die Möglichkeit zu geben, sich mit Kohle und künstlichem Dünger zu versorgen; denn bis jetzt kostet der Transport dieser Artikel von der Eisenbahn bis an Ort und Stelle fast mehr, als die Produkte selbst. Über die verheerenden Folgen dieser Politik, die auch die niedrigen Löhne der Bergarbeiter verursacht, werde ich noch beim Statut des Ministeriums für Handel und Industrie und des Arbeitsministeriums sprechen.

Zu den Teilen des Haushaltssplanes über die Exploitierung der Eisenbahn möchte ich nachstehende Anträge stellen: der Tarif für Exportkohle soll um 2 Zloty pro Tonne erhöht werden und aus dem hierbei erzielten Überschub sollen 18 Millionen für Tariferhöhungen für Kohlen nach den Ostgebieten unseres Landes bestimmt werden und 5 Millionen für den Ausbau von schmalspurigen Eisenbahnlinien ebenfalls im Osten des Landes.

Zu den Anträgen bei der Danziger Reederei möchte ich mir einen Vorschlag erlauben: da uns die Anträge jährlich ca. 10 Millionen mehr kosten als im Lande, z. B. in Oberschlesien, wäre es vielleicht angebracht, daß wir der Reederei einfach 10 Millionen jährlich schenken und die Anträge nach Oberschlesien geben. Dann würden wir 1000 Arbeiter das ganze Jahr hindurch beschäftigen und noch den Steuergewinn haben.

In der Verkehrscommission haben wir oft gehört, daß wir zuviel und überflüssige Lokomotiven und Waggons haben. Da wundert es mich, daß wir im vorjährigen Monat erhielten wir keine Antwort. Daraufhin begab

sich der Hauptvorstand, Nienas und Nieter, unter meiner Führung zum Schulinspektor nach Warschau und überreichte ihm ein entsprechendes Memorial mit Abschrift des oben erwähnten Protestes. Dort sagte man uns, daß die Schulbehörden auf Grund der bisherigen Schulgesetze keinen Grund hätten, unsere Schule zu liquidieren. Freudigen Herzens kehrte die Delegation heim und wartete, daß die Sache bald günstig geregelt werde. So verging der Novembermonat, und nichts geschah. Anfang Dezember riefte Herr Nienas ein Telegramm an das Schulinspektorium. Daraufhin erschien der Schulinspektor Braulinski am letzten Schultag vor Weihnachten in Groß-Deby. Jedoch nicht dazu, um die Schulsache zu schlichten, sondern um die Leute zu bewegen, ihre Eingabe an das Schulinspektorium zurückzuziehen. Daß das keinen Erfolg hatte, brauche ich wohl nicht erst zu betonen. Nur schlägt man aber einen anderen Weg ein. Der unbequeme deutsche Schulvorstand muß abgesetzt werden. Am 10. 1. 30 sollten Neuwahlen stattfinden. Die deutsche Bevölkerung gab eine Erklärung ab, daß sie sich an der Neuwahl nicht beteiligen wird, bis die obersten Schulbehörden das Weiterbestehen oder die Liquidation der deutschen Schule entscheiden werden. Auf dieser Versammlung kam es zu traurigen Austritten, so daß sich sogar die Intervention der Polizei als notwendig erwies. Das sind die nackten Tatsachen der gescheiterten Handlungen dieses Schulinspektors.

Wir erwarten, daß der Herr Minister diese Sache eingehend prüfen und darüber eine recht baldige Entscheidung treffen wird.

Über die Höhe des Budgets für das Kultusministerium muß ich sagen, daß es im Verhältnis zu den anderen Ressorts viel zu niedrig ist. Je höher die Ausgaben für das Kultusministerium sind, auf einer desto höheren Stufe befindet sich jeder Staat. Die Sorge um Bildung und Erziehung der Jugend ist wohl die wichtigste Aufgabe jedes Landes. Nicht umsonst hat ein berühmter Gelehrter gesagt: „Gebt mir die Jugend der Welt, und ich werde sie ganz erobern.“

Der Budgetreferent erklärte darauf, daß der vom Abg. Karan erwähnte Unterstützungs fonds zum Teil durch das Kultusministerium, teilweise durch die Schulinspektorien an das Privatschulwesen verteilt werde. Da von Seiten der deutschen Privatschulen keine Einlagen um Subventionen eingelaufen seien, so hätten auch im vergangenen Budgetjahr keine dieser Schulen Beihilfen erhalten. Wahrscheinlich seien sie so gut situiert, daß sie auf die Staatssubventionen verzichten könnten.

Politik in der Schule.

Warschau, 20. Januar. In einer der letzten Sitzungen der Haushaltsskommision des Sejm beschäftigte man sich auch mit dem Problem der nationalen Minderheiten und der akademischen Jugend. Der Abg. Zuk (Sozialradikaler Ukrainer) stellte auf Grund einer Broschüre des ehemaligen Abgeordneten Wołoszynski vom Regierungsklub fest, daß es in Wolhynien von 1185 Schulen 5 ukrainische, also 0,42 Prozent für 70 Prozent der Bevölkerung gibt. Sogar die Tschechen haben dort 17 Schulen. Abg. Jeremicz vom Ukrainischen Klub erklärte, daß zur Zeit der deutschen Okkupation im Vilna-Gebiet 201 ukrainische Volksschulen waren, und zur Zeit des sogenannten Mittel-Vilnians sogar 401 Schulen. Gegenwärtig gibt es dort 24, außer einigen 10 angeblich ultraquistischen und eigentlich polnischen Schulen. Diese Zahl auf 1100000 Weißrussen nach der amtlichen Statistik — in Wirklichkeit sind es 2500000 — liefert den besten Beweis dafür, welchen Standpunkt die Regierung gegenüber dem weißrussischen Schulwesen einnimmt.

Nach einer kurzen Pause ergriff das Wort der Kultusminister Gierwinski,

der u. a. sagte:

Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich Politik in die Schule hineinfrage. Der unpolitische Charakter einer Schule ist für Knaben in einem gewissen Alter eine grobe Unwahrheit. Der Lehrer selbst führt, ohne es zu wissen, einen Einfluß auf den Schüler aus. In die Schule kann man Politik aus politischen oder pädagogischen Rücksichten einführen. Wenn ich darüber beruhigt bin, daß man von den zwei Lagern, von denen das eine durch die Diplomatie, das zweite mit der Waffe in der Hand tätig war, zu wenig von diesem ersten, von den Legionen und von Piłsudski spricht, so aus dem Grunde, weil ich es als einen großen Fehler betrachte, der Jugend einzuprägen, daß Polen nicht aus dem Blut des Soldaten, sondern aus Reaktionen entstanden ist. Bravo auf den Bänken des Regierungsklubs. Abg. Kornecki: Und Haller in Frankreich? Freilich habe ich auch daran gedacht.

Einige meiner Schritte werden in der Presse ausgenutzt, um mich als Feind der akademischen Jugend hinzustellen. Wenn es sich um mein Schreiben an die akademischen Senate in der Frage des öffentlichen Auftretens der Jugend handelt, so möchte ich sehen, was Sie, meine Herren, von einem Minister sagen würden, der ruhig zuschauen wollte, wie unsere Lehranstalten sich zu einem Übungsort für Kampftruppen einer gewissen politischen Partei umwandeln bemühen.

Auf die Frage der nationalen Minderheiten werde ich grundsätzlich nicht eingehen. Ich weise jedoch darauf hin, daß die Herren Vertreter dieser Minderheiten dieselben Klagen vorbringen, die auch die polnische Bevölkerung erlebt. Herr Grünbaum witterte hier in der Frage der Mediziner gewährten Pässe. Er erwähnte jedoch nicht, daß diese Auordnung in denselben Maße die polnische Jugend betrifft, denn sie ist aus ganz anderen Motiven entstanden. Dasselbe betrifft die Zusammenlegung von Schulen. Ich bin ein Anhänger der Zusammenlegung dort, wo sie zu einem höheren Schultyp führt, in anderen Fällen bin ich aus pädagogischen Rücksichten ein Gegner der Zusammenlegung. Herr Wołkanowicz beklagte sich, daß man ukrainische Schulen das Recht der Öffentlichkeit nimmt. Wenn er die polnische Presse verfolgt, so konnte er sich davon überzeugen, daß man mir denselben Vorwurf auch von polnischer Seite macht. Diese Konvergenz erklärt sich daraus, daß ich von vollkommen anderen Voraussetzungen ausgehe, denn mir handelt es sich um das Wohl der Schule ohne Rücksicht auf die Nationalität. Man hat mich auch wegen der Schließung des weißrussischen Gymnasiums angegriffen. Wäre dies ein polnisches Gymnasium gewesen, so wäre es schon viel früher geschlossen worden, doch es war ein kommunistischer Herd.

Schließlich kündigte der Minister ein Gesetz an, durch das die Frage, wer in Kindergarten arbeiten kann, geregelt werden soll.

Wirtschaftliche Rundschau.

Einschränkungen in der Graudenzer Industrie.

Der allgemeine wirtschaftliche Zustand macht sich auch in der Graudenzer Industrie immer mehr fühlbar. Die fatale Lage der Landwirtschaft, auf deren Kaufkraft die hiesige Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen „Unia“ (früher Benk) angewiesen ist, hat diese Firma infolge übermäßiger Anhäufung von Fabrikaten, die wiederum im Mangel an Bestellungen ihre Ursache hat, sogar zu dem Entschluss gebracht, den Betrieb für die Dauer von 5 Wochen einzustellen. Dieser Beschluss wurde durch Anschläge in den Fabrikräumen befanniggegeben. Etwa 700 Arbeiter verloren damit für diese Zeit ihre Beschäftigung. Außerdem hat die Fabrik bereits ihren Arbeitervorrat in letzter Zeit wesentlich herabgesetzt. Der größte Graudenzer Industriebetrieb, die Gummiwarenfabrik „Peppe“, hat ihrer Arbeitszeit kürzesten, das sie vom 28. d. M. ab die Arbeitszeit auf 4 Tage in der Woche beschränken will. Ob diese Maßnahme aber tatsächlich in Kraft treten wird, ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, noch nicht absolut sicher. Es ist möglich, daß von einer Reduzierung der Arbeitszeit bei genügend weiterem Eintreten von Bestellungen (an denen übrigens zurzeit noch mehrere Monate hinaus reichende vorliegen) und bestarem Eingang der Ausstände abgesehen werden kann. Ein drittes großes Graudenzer Fabrikunternehmen, die Firma „Herafeld u. Victorius“, lädt zurzeit auf nur 4 Tage in der Woche arbeiten. Die kleineren industriellen Betriebe unserer Stadt haben vielfach ebenfalls Herabsetzungen der Arbeitszeit oder Arbeitserzahl eingetreten lassen. Trübe Verhältnisse in der Industrie, die naturgemäß auch auf die Situation im Handel, dessen Absatzschwierigkeiten gleicherweise darunter leiden, ungünstig einwirken.

Die internationale Zinkwirtschaft.

Die Richterneuerung des internationalen Zinkkartells besonders für Polen nachteilig.

Das internationale Zinkkartell, das bis zum 31. Dezember 1929 bestand, ist nicht erneuert worden. Es spricht wenig Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Zinkkartell in naher Zukunft wieder ins Leben tritt. Die Zinkindustrie macht insbesondere in Europa nach dem Weltkrieg einen technischen Umlösungsprozeß größerem Stils durch. G. B. dehnt sich die Anwendung des elektrolytischen Verfahrens immer mehr aus. Die Produktionsbedingungen sind nicht nur in den einzelnen europäischen Staaten, sondern auch in den einzelnen Betrieben derart voneinander verschieden und die gesamten Verhältnisse in dem Wirtschaftszweig derart unübersichtlich, daß es fast unmöglich ist, einen allgemeinen Überblick über den Zustand der europäischen Zinkwirtschaft zu bekommen. Aus den gleichen Gründen ist vorerst ein geschlossenes Zusammensehen der europäischen Zinkwirtschaft kaum zu erwarten. Zeichen einer vertikalen Konzentration lassen sich allerdings in verschiedenen europäischen Staaten beobachten.

Abgesehen von der technischen und organisatorischen Umstellung leidet die europäische Zinkwirtschaft unter der Allgemeinerkrankung der europäischen Wirtschaft nach dem Kriege, der Überproduktion. Die Weltainproduktion stieg im Jahre 1918 bis zum Jahre 1928 von 1.101.100 T. auf 1.418.400 T. Im einzelnen stieg sie in Europa von 680.700 T. auf 690.900 T., in Amerika von 814.500 T. auf 632.100 T., in Australien von 4400 T. auf 50.400 T. In Amerika stieg die Produktion wesentlich stärker, als in Europa, nämlich um mehr als 100 Prozent; dennoch stand in den vergangenen Jahren keine entsprechende Ausfuhr nach Europa statt. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in der letzten Zeit dazu übergegangen, ihre Erze in steigendem Maße in eigenen Hütten zu verarbeiten; sie streben aber auch dem Ziele zu, nicht nur der größte Produzent, sondern auch zugleich der größte Konsument der Erde an Zink zu werden. Die europäischen Staaten haben zwar immer noch die ausgedehnte Zinkhüttenindustrie, sind aber in hohem Maße auf die Einfuhr überseeischer Rohstoffe (Sinterze) angewiesen. Im Jahre 1928 wurden nach Europa 855.000 T. überseelische Erze importiert. Zu den größten Verbrauchern der Zinkprodukte gehören in Europa England und Deutschland.

Im Zusammenhang mit der gestiegenen Weltproduktion lagen sich auf den europäischen Märkten große Preistürme für Zink beobachten. Der Preis für eine Tonne Zink sank vom Jahre 1917 bis 1927 von L 52.418 auf L 26.267. In der letzten Zeit fiel der Preis bis zu L 20 pro Tonne. Amerika ist dagegen trotz gewaltiger Produktionssteigerung von großen Preissenkungen verschont geblieben, da Amerika mit einem hohen Schutzzoll umgeben ist. (Der Zoll beträgt 88.57 Dollar pro Tonne.)

Zu den wesentlichen Bestimmungen des Brüsseler Kartells vom Jahre 1928 gehörten nun folgende:

1. Wenn der Zinkpreis L 27 erreicht oder überschritten hat, soll jede Produktions einschränkung entfallen, ohne daß allerdings die Produktionsvermehrung im Verhältnis zur Durchschnittserzeugung der letzten 3 Monate 10 Prozent übersteigt.
2. Wenn der Zinkpreis nicht L 27 pro Tonne erreicht und wenn die europäischen Zinkbestände gleichzeitig 90.000 Tonnen oder mehr betragen, tritt automatisch eine Produktions einschränkung in Kraft, die sich aus der Erzeugung der 3 vorhergehenden Monate ergibt.

Die Preise steigen zunächst, aber halten nicht lange an. Am 19. 11. 1928 wurde schließlich beschlossen, das Kartell nicht zu erneuern. Die Richterneuerung des Zinkkartells wird auf die neue Quotenförderung der American Smelting and Refining Co. in der Höhe von 20.000 Tonnen zugunsten ihrer mexikanischen Hütten zurückgeführt. Die Zinkproduzenten Deutschlands machen darauf aufmerksam, daß das Aufbauen eines Zinkpreises von etwa L 20 eine ernsthafte Gefährdung der europäischen, besonders auch der deutschen Rohstoffhütten bedeuten würde. Ihre Vorschläge gingen dahin, entweder ein neues internationales Kartell zu errichten oder dazu überzugehen, in überseeländern Grubenobjekte zu erwerben bzw. neue anzuschließen. Der letztere Vorschlag ist wegen der Kostenbelastung und der langen Dauer der Aufschließung kaum durchführbar.

Die schwierigen Absatzverhältnisse machen sich, aber nicht weniger in Polen als in Deutschland bemerkbar. Der Stand der Zinkproduktion gestaltete sich in Polen in den letzten 3 Jahren wie folgt:

	1926	1927	1928
Produktion	123.700	150.800	180.800
Export	117.402	132.100	186.784
Eigenverbrauch	6.298	18.200	25.018

Polen exportierte bis 90 Prozent seiner Erzeugung und ist auf diese Weise in großem Maße vom Weltmarkt abhängig. Die Preissenkungen der letzten Monate stellen die Rentabilität der Zinkindustrie in Frage, da meist unter den Selbstkosten gearbeitet werden muß. Hinzu kommt der Mangel eigener Erze. Polen ist auf die Einfuhr deutscher Erze angewiesen. Mit dem Ablauf der bis zum Jahre 1932 laufenden Verträge auf Gratierung aus Deutschland, wird die Lage für Polen dadurch noch bedrohlicher, daß Deutschland dazu übergeht, eigene Zinkhütten zu bauen. Ein weiterer Anteil für die polnische Zinkindustrie erwächst aus der weiten Entfernung von den Konkurrenzstädten (England) und von einigen anderen Erzlieferanten. Die Abhängigkeit von Deutschland zeigt sich nicht nur in der Erzverarbeitung, sondern auch in dem Umfang des Exportes Polens nach Deutschland. (78 Prozent des Gesamtexports). Der polnische Zinkexport bezifferte sich in den Jahren 1926, 1927, 1928 wie folgt:

	1926	1927	1928
in Tonnen			
Deutschland	42.887	59.590	76.110
Angland	3.257	17.878	14.875
Tschechoslowakei	10.133	18.101	18.385
Österreich	2.969	3.000	3.545
England	37.038	5.993	7.805
Schweden	3.903	3.631	4.220
andere	8.854	8.882	5.544
	109.056	120.075	124.984

Polen versucht nicht nur, sich neue Absatzgebiete zu verschaffen, sondern ist auch bestrebt, seine Zinkindustrie technisch zu vervollständigen. Das elektrolytische Verfahren findet im Vergleich zu anderen europäischen Staaten in Polen die verbreitetste Anwendung (so bei den Betrieben von Gleiß und Hohenlohe in Oberschlesien). Elektrolyt-Zinkzink wird auf Grund seines höheren Kleingeschäfts von den Messingproduzenten bevorzugt. Das Elektrolytverfahren ermöglicht die Anwendung armer Erze und hat außerdem den Vorteil, daß es ermöglicht, aus dem Erz auch Zink zu gewinnen, welches zusammen mit dem Zink oxidiert und in der Elektrolyse in der Form eines reichen Zinkschlammes sich absetzt. Der Schlamm findet heraus Verwendung in den Zinkschmelzen. Jedoch ist bei der Zinkoxydierung ein Mangel insofern zu beobachten, als sie große Brennstoffmengen erfordert macht, insbesondere in Gestalt von feinem Kohle. Da Polen über die nötigen Mengen

an derartigem Kohle nicht verfügt, entsteht die Notwendigkeit, ihn aus dem Ausland einzuführen, was Steigerung der Selbstkosten zur Folge hat. Andererseits ist in der letzten Zeit auch in der Elektrolyt-Zinkzinkindustrie eine Überproduktion eingetreten, so daß das Zink denaturiert wird, um ihm die gleichen Eigenschaften zu verleihen wie Müsselzink sie hat, nämlich die Walzbarkeit. Weiterhin versucht Polen, die bei der Zinkblendenproduktion gewonnene Schwefelsäure zu verwerten. Die Schwefelsäure, die 67 Prozent des Säurenimports nach Polen ausmacht, findet als Rohstoff bei der Superphosphatkristallisation Verwendung. Die im Ausland gewonnene Schwefelsäure erleichtert es dem polnischen Staat, sich vom Bezug deutscher Dünngemittel unabhängig zu machen. Dieser Weg ist bereits beschritten worden, doch droht auch hier die Gefahr der Überproduktion.

Die Schwierigkeiten der polnischen Zinkindustrie könnten durch das Zustandekommen eines internationalen Kartells wesentlich verminder werden. Doch, wie hervorgehoben, besteht wenig Aussicht auf ein europäisches Zusammengehen. Vorerst hat die Zinkindustrie der hauptsächlichsten europäischen Staaten (Belgien, England, Frankreich, Deutschland und Polen) beschlossen, ihr für die Zukunft geplantes Zusammengenügen dadurch zu dokumentieren, daß sie ein gemeinsames statistisches Bureau errichten, um größere Klarheit über die gesamten Verhältnisse des Zinkmarktes zu gewinnen.

Dr. Z.

Der Wurst- und Schinkenexport Polens.

In dem Bericht der polnischen Enquetekommission über die Fleischproduktion und den Fleischhandel wird der Wurst- und Schinkenexport Polens mit berücksichtigt. Die folgenden Einfuhr- und Ausfuhrziffern der polnischen Wurst- und Schinkenprodukte rechtfertigen das Verlangen der interessierten Kreise nach einer Nationalisierung der Wurstwarenproduktion und nach der Förderung des auswärtigen Handels in diesen Artikeln durch die polnische Regierung. Während die Einfuhr sich im Jahre 1922 auf 148 und im Jahre 1928 auf 840 Doppelzölle bezeichnete, stieg die Ausfuhr im denselben Zeitraum von 148 auf 13.827 Doppelzöltern. Der Wert der ausgeführten Wurstwaren betrug im Jahre 1928 0,8 Millionen Zloty, im Jahre 1929 (die ersten 10 Monate) 5,8 Millionen Zloty. An der unbedeutenden Einfuhrziffern beteiligten sich Ungarn mit 77 Prozent, Deutschland mit 18 Prozent, die Tschechoslowakei mit 5 Prozent und die übrigen Länder mit 5 Prozent. Von den ausgeführten Wurst- und Schinkenprodukten gingen 45 Prozent nach Österreich, 16,3 Prozent nach England, 16,7 Prozent nach der Schweiz, 8,8 Prozent nach Ungarn, 7,1 Prozent nach Deutschland und 2,6 Prozent nach Frankreich.

Vor dem Kriege war Kongresspolen in dem Absatz dieser Produkte nach Ausland maßgebend. Kleinpolen lieferte seine Würste und Schinken nach Wien, Prag und Tirol, und Großpolen die feinigen nach Deutschland. Ausgeführt wurden in erster Linie die sog. „litauischen Würste“, die durch ihren Geschmack und ihre Dauerhaftigkeit in Österreich und Russland vor dem Kriege besonders bevorzugt wurden.

Die Nationalisierungsbemühungen der polnischen Wurst- und Schinkenwarenhändler, der Schlägereien und der maßgebenden Reederstreitigkeiten Polens gehen darin, nach dem Muster des polnischen Bacon-Verbandes (Verband der polnischen „Bacon“-Exportiere nach England) einen Verband der polnischen Wurst- und Schinkenexporteure ins Leben zu rufen.

Die polnische Regierung strebt dem Ziele zu, den Wurst- und Schinkenexport in jeder Weise zu fördern. Auf Grund der Verordnung vom 17. 12. 1928 wird die Wurstwarenausfuhr prämiert. Die Höhe der Prämie beträgt 15 Zloty für 100 kg. In der polnisch-französischen Konvention vom 24. 9. 1929 wurden den polnischen Wurst- und Schinkenexporteuren ferner folgende Begünstigungen gewährt: Polnische Schinken werden zwangsweise Zollfrei nach Frankreich eingeführt unter der Bedingung, sie wieder nach dem Ausland auszuführen; geprüfte Schinkenwürste können unter Zugrundelegung des französischen Minimalzolltariffs (180 Frank für 100 kg.) nach Frankreich eingeführt werden.

Neuerdings ist Polen auch dazu übergegangen, Wurstkonserve nach den skandinavischen Ländern zu liefern.

Schließlich ist zu erwarten, daß nach dem Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages der Schinken- und Wurstwarenexport nach Deutschland sich erheblich vermehren wird.

Polnische Staatliche Agrarbank (Panskiowy Bank Rolny). Der Rohbilanz per 1. 1. 1930 der staatlichen Agrarbank entnehmen wir nachstehende interessante Zahlen: Die Gesamtbilanzsumme hat am 1. Januar 1930 den Betrag von einer Milliarde überschritten und stellt sich auf 1.129.888.628 Zloty. Unter den kurzfristigen Krediten werden diskontierte Wechsel mit 70.608.810 Zloty, durch Wechsel und andere Dokumente gebedeckte Kredite mit 128.861.204 Zl., Warenkredite mit 44.803.261 Zloty aufgeführt. In der Position des langfristigen Kredits finden sich Pfandbriefe und Obligationen mit 260.606.820 Zloty, darunter achtzigjährige Pfandbriefe mit 91.011.220 Zloty, siebenprozentige Pfandbriefe mit 90.555.900 Zloty, und siebenprozentige Obligationen mit 79.040.000 Zl. Die eigenen Kapitalien der Bank stellen sich auf 148.816.639 Zloty, Einslagen auf 26.828.700 Zloty, Scheids auf 89.077.790 Zloty, Reserven auf 29.442.628 Zloty, Debitoren werden mit 254.861.176 Zl. genannt.

Dividenden verschiedener polnischer Aktiengesellschaften. Eins der größten Werke der metallurgischen Branche in Polen, die Huta Bankowa, schüttet für 1928 eine Dividende von 90 Prozent aus. Die Aktien der Huta Bankowa sind in französischem Best. Die Aktiengesellschaft „Pharma“ Magister Rol. Jaworski in Krakau zahlt an die Aktionäre eine Dividende von 6 Prozent für 1928. Die „Pepe“ Pol. Gummiwerke in Graudenz zahlt für das Geschäftsjahr 1928/29 eine Dividende von 6 Prozent für Aktien der Emissionen 1—7 von 5.000.000 Zloty; 19 Prozent Abschlagsabteilung für Aktien der Emission 1—7 von 5.200.000 Zloty, 6 Prozent für Aktien der Emission 8 von 4.800.000 Zloty für ein Halbjahr, 19 Prozent Abschlagsabteilung für Aktien der 8. Emission von 4.800.000 Zloty für ein Halbjahr.

Folgen der gescheiterten Verhandlungen über die Gründung einer Zentralbodenkreisbank. Das Finanzministerium hat eine Verfügung erlassen, auf Grund welcher einige Banken ermächtigt werden sollen, langfristige Pfandbriefe zu emittieren und sie im Ausland abzusehen.

Zulassungen zum Börsenhandel an der Warschauer Börse. Mit Neujahr 1930 wurden zum Handel an der Warschauer Börse zugelassen: 1. Neue 100-Zloty-Aktien der Bank Zachodni Sp. Akc. (Weißbank Akt.-Gef.) in einer Anzahl von 100.800 Stück, von denen 50.400 Stück Aktien 1. Emission im Umlauf für die bisherigen 100-Zloty-Aktien (ehemalige umgestempelte 25-Zloty-Aktien) gegeben werden, während die vorigen 50.400 Stück 2. Emission sind, die neu eingeführt werden. Die Inhaber von Aktien 2. Emission genießen dieselben Rechte, wie die Inhaber von Aktien 1. Emission. Beide Emissionen werden in einer Rubrik notiert. Die Inhaber von Aktien der 2. Emission sind vom 1. 1. 1929 ab dividendenberechtigt. 2. Aktien 2. Emission der Eisenhütchauer Zuckerfabrikges. Akt.-Gef. (Eisenhütchauer Zuck. Fabrik Cukru Sp. Akc.) in einer Anzahl von 8000 Stück im Nominalwert von 100 Zloty, wovon 6000 Stück auf den Inhaber laufen, während 1000 privilegierte Namensaktien sind. Die Erhöhung des Stammkapitals wurde auf Grund der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. 8. 1928 vorgenommen, indem der Gewinn aus dem Jahre 1928 dem Aktienkapital zugeschlagen wurde. Die Aktien 2. Emission im Nominalwert von 100 Zloty werden den Aktionären kostenlos übergeben und zwar kommt eine Aktie 2. Emission auf je 5 Aktien 1. Emission. Die Aktien 2. Emission nehmen an der Dividende des Jahres 1928/29 teil. Das letzte Stammkapital der Aktiengesellschaft beträgt 4.800.000 Zloty und ist in 48.000 Aktien 1. und 2. Emission eingeteilt. 88.400 Aktien laufen auf den Inhaber, 9.600 sind privilegierte Namensaktien.

Gerichtsaufsicht.

Gerichtsaufsicht beantragt hat das Textil-Warenhaus M. Klimek, Bromberg, Friedrichsplatz (Stary Rynek). Der Termin für die Gläubigerversammlung ist auf den 24. d. M. festgesetzt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polisi“ für den 21. Januar auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zloty am 20. Januar. Das sagt: Überweisung 57,59 bis 57,74, bar 57,62—57,77, Berlin: Überweisung Warschau 46.825—47.025, Posen 46.825—47.025, Katowice 46.825—47.025, Zürich: Überweisung 59,97%, London: Überweisung 43,38, New York: Überweisung 11,25, Prag: Überweisung 57,25, Mailand: Überweisung 21,40.

Warschauer Börse vom 20. Januar. Umfrage, Verkauf — Rau. Belgien 124,14, 124,45 — 123,83, Belgrad — Budapest — Bucarest — Helsingfors — Spanien — Holland — 358,30, 359,20 — 357,40, Japan — Konstantinopel — Kopenhagen — London 43,39, 43,50 — 43,28, New York 8,898, 8,918 — 8,878, Oslo — Paris 35,02%, 35,11 — 34,93%, Prag 26,37, 26,43 — 26,31, Riga — Schweiz 172,23, 172,68 — 171,80, Stockholm — Wien 125,41, 125,72

Erinnerungen.

Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr der Gedenktage der Besetzung des nördlichen Teils der ehemaligen Provinz Posen sowie der Besetzung der Provinz Westpreußen durch die polnischen Truppen sind in den polnischen Blättern namenlich des ehemaligen preußischen Teilgebietes eine Flut von Artikeln und Aussähen erschienen. Im großen und ganzen bringt diese Memoiren-Literatur an tatsächlichem historischen Material nur wenig Neues, aber es befindet sich darunter doch einiges, was einen Blick hinter die Kulissen und die dort geleistete propagandistische und Münzarbeit gewährt. Der Chefredakteur des „Kurier Poznański“, Marian Seyda, der Mitglied der polnischen Central-Agentur in Lausanne und dann des Polnischen Nationalkomitees in Paris war, und der seine und seiner Kollegen damalige verschwörerisch-patriotische Arbeit nicht unter den Scheiben zu stellen pflegt, geht in einem Artikel im „Kurier Poznański“ noch etwas mehr aus sich heraus und macht sogar das Geständnis, daß er aus taktischen Gründen bewußt die Öffentlichkeit über den Sinn des 18. unter den 14 Wilsonschen Punkten getäuscht habe. Herr Seyda hebt im Einzuge hervor, wieviel politischen Willens und politischer Mühe es bedurfte, um die pommersche Erde, obgleich nicht ganz, der preußischen Knechtschaft zu entreißen. Mit einem Seitenhieb nach gewissen polnischen Stellen hin beginnt Herr Seyda seine Darlegung:

„Heute versteht sich dies alles (namlich, daß Pommerellen zu Polen gehört) in Polen von selbst. Namenlich für diejenigen, die zur Befreiung Pommerells nicht nur nichts getan haben, sondern die nicht einmal daran geglaubt und nicht einen Augenblick daran gedacht haben. Aber in Wirklichkeit war dies durchaus nicht etwas, was sich von selbst verstand. Als wir gleich in den ersten Kriegsjahren in Westeuropa für den künftigen polnischen Staat das frühere Westpreußen und den polnischen Teil von Ostpreußen verlangten, hielten dies besonders die Engländer für einen politischen Trick. Ihre historische Bildung und ihre politische Kenntnis von Mittel- und Osteuropa war so groß, daß sie uns mit größter Verwunderung fragten: Wie denn? Wie wollen Sie denn Ihre Ansprüche darauf begründen? Schon der Name allein weist darauf hin, daß West- und Ostpreußen mit Recht zum Preußischen Staat gehören. Und so dachte man allgemein. Bei dieser Denkweise, die noch durch die deutschen Siege bestätigt wurde, war man noch weit entfernt davon, Pommerellen dem preußischen Staat zu entreißen...“

Die west- und ostpreußische Frage war eine harte Nuss. Es war klar, daß für die Alliierten mit Ausnahme Frankreichs, auf der Friedenskonferenz ein graphisches Argument nötig sein würde. Indessen die einzige ethnographische Statistik, die vorhanden war, war eine deutsche Statistik, die in dem Volkszählungsergebnis vom Jahre 1910 erhalten war, und diese Statistik war für uns ungünstig. Aber es gelang uns, uns einige Hefte des preußischen Gemeindelexikons aus dem Jahre 1911 zu beschaffen, die für uns günstiger waren. Wir schlachteten sie gut aus, entwarfen eine Karte des preußischen Teilgebietes, in dem die einzelnen Kreise besonders hervorgehoben wurden, und erläuterten sie in französischer und englischer Sprache. Es fand dies im Frühjahr und im Sommer 1917 in Lausanne statt. Als dann Mitte August d. J. das Polnische Nationalkomitee in Paris entstand, war es unsere erste Propaganda-Aufgabe, diese Karte allen hervorragenden politischen Persönlichkeiten in den alliierten Staaten diesesseits und jenseits des Ozeans zuzuschicken. Diese Karte wird an anderer Stelle derselben Nummer des „Kurier Poznański“ veröffentlicht. Von der zweiten Hälfte des Jahres 1917 an bis zum Mai und Juni des Jahres 1919, d. h. bis zum Versailler Vertrag, war noch ein sehr weiter Weg. Allerdings hatte Wilson schon am 22. Januar 1917 von dem „vereinigten, unabhängigen und selbständigen Polen“ gesprochen. Und derselbe Wilson hat am 8. Januar 1918 in dem 13. Punkt seines Programms von neuem gesagt: „Es muß ein unabhängiger polnischer Staat gebildet werden, der von „unbestritten polnischer Bevölkerung“ bewohnt wird; dieser Staat muß einen freien und sicheren Zutritt zum Meer haben und seine politische und ökonomische Unabhängigkeit und territoriale Integrität muß durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.“

Wir haben seinerzeit nicht nur in Polen, sondern auch in den alliierten und neutralen Ländern aus taktischen Rücksichten bewußt die Ansicht aufrecht erhalten, daß Wilson ein Polen im Auge hatte, das alle drei Teilgebiete umfaßte und zwar auch das preußische Teilgebiet mit unmittelbarem

Auschluß ans Meer. Das polnische Volk ist allgemein noch heute dieser Ansicht. Aber in Wirklichkeit war es anders. Nicht ohne Grund war in der Formel Wilsons der Vorbehalt von der „unbestritten polnischen Bevölkerung“ enthalten, ebenso wie drei Tage vorher in der Formel Lloyd Georges vom 5. Januar 1918, die Wendung „alle echt-polnischen Elemente, die zu Polen gehören wollen“, und nicht ohne Grund hatte Wilson bei der Wendung „Zutritt zum Meer“ die Eigentümlichkeitsworte „frei und sicher“ hinzugefügt, d. h. er meinte einen Zutritt zum Meer, der international geschützt war, durch fremdes Territorium. Ende Juni 1918, also in der für die Alliierten kritischen Zeit des Krieges, war ich mit einer Mission des polnischen Nationalkomitees an Padewski und das amerikanische Polenamt betraut in den Vereinigten Staaten und erfuhr dort von einer absolut maßgebenden Stelle, daß die Regierungskommission von Fachleuten zu Bearbeitung der Projekte für die Lösung der einzelnen strittigen Aufgaben im Frühjahr von dem Staatsdepartement den Auftrag erhalten hätte zur Festsetzung der Westgrenze Polens ohne das Teilgebiet. Dasselbe wurde einige Wochen später Dmowski mitgeteilt, als er im August nach Amerika kam, was ihn veranlaßte, noch größere Anstrengungen bei Wilson, Lansing und House zu machen, um sie in Sachen des preußischen Teilgebietes für den Standpunkt Polens zu gewinnen.

Die verstärkte Arbeit Dmowskis auf allen Gebieten, die direkt übermenschlich war, ferner die Arbeit Padewskis und anderer Mitglieder und Mitarbeiter des Polnischen Nationalkomitees und später der polnischen Delegation für die Friedenskonferenz hatte das Ergebnis, daß bezüglich des Gebiets an der See alle maßgebenden Stellen sich dafür aussprachen, es einschließlich Danzigs Polen einzubeleben. Aber der Einverleibung Danzigs und der Kreise Stuhm, Rosenberg und einzelner Teile der Kreise Marienwerder und Marienburg, widerstand sich im Gegensatz zu der entschiedenen Ansicht seiner eigenen Fachleute Lloyd George und setzte in diesen Punkten seinen Willen durch...“

Aus Dmowskis Denkschrift.

In derselben Nummer des „Kurier Poznański“ wird auch die Denkschrift Dmowskis über das Gebiet des künftigen Polnischen Staates, die er am 8. Oktober 1918 dem Präsidenten Wilson in Washington vorlegte, auszugsweise veröffentlicht. Aus dieser Denkschrift möchten wir als besonders charakteristisch folgendes hervorheben. Für die Einverleibung Westpreußens macht Dmowski darin eine Reihe von Gründen geltend, deren letzter wie folgt lautet:

„Die Belassung Westpreußens in deutscher Hand würde die Fortdauer der Regierung der Ungerechtigkeit, der Gewalt und der Mißbräuche in diesem Teilgebiet bedeuten, und eine solche Regierung müßte man nach dem jetzigen Kriege, der soviel Opfer auf Seiten der zivilisierten Nationen gefordert hat, aus Europa beseitigen.“

Bezüglich Ostpreußens heißt es in diesem Dmowskischen Dokument u. a.: „Die ostpreußische Frage fordert eine gründliche Lösung. In sprachlicher Beziehung ist der größere Teil der Provinz deutsch, in geographischer Beziehung gehört sie zum polnischen Territorium. In historischer Beziehung und hinsichtlich der Rasse ist dieses Land nicht deutsch, da seine früheren Bewohner Preußen waren, ein litauischer Volksstamm, der später durch die Kreuzritter germanisiert worden ist. In ökonomischer Hinsicht ist dieses Land von vollständigem Stillstand bedroht; durch eine Zollgrenze von Polen getrennt, zu dem es durch seine natürliche Lage gehört, müßte Ostpreußen eine arme und schwach bevölkerte Provinz bleiben. (Es entfallen dort 144 Einwohner auf eine Quadratmeile, während in Polen 260 auf die Quadratmeile entfallen). Hinsichtlich der sozialen Verhältnisse ist dies ein fast mittelalterliches Land. Es gibt dort große Besitzungen der preußischen Junker, und die bäuerliche Masse, unfrei und im Geiste der Knechtschaft erzogen, wird entsprechend behandelt. Politisch ist dies eine Feste der preußischen Reaktion. Die Ultraokonservativen des Preußischen Landtages kommen hauptsächlich aus den ostpreußischen Bezirken, von den Bauern gewählt, die nach der Weisung ihrer Herren abstimmen. Die deutschen öffentlichen Angelegenheiten interessieren diese Landbesitzer absolut nicht. Die Regierung der Hohenzollern besaß in der Aristokratie Ostpreußens ihre trefflichste Stütze, die von der feudalen Tradition berauscht ist und noch heute ihren mittelalterlichen Geist bewahrt. Die Verschlagung dieser Klasse würde eines der größten Hindernisse für den sozialen und politischen Fortschritt Deutschlands beseitigen. Trotz dieses

reaktionären Geistes finden die ostpreußischen Junker Unterstützung selbst der fortschrittlichen deutschen Elemente, welche letzteren jene Klasse als den deutschen Wall für das Deutschland im Osten ansehen. Die Lösung der ostpreußischen Frage würde nicht nur die Sicherung der Freiheit Polens bedeuten, sondern sie würde in besonderem Maße dazu beitragen, das politische Leben Deutschlands zu modernisieren. Wenn Ostpreußen weiter einen Teil des zusammenhängenden deutschen Territoriums bilden soll, muß auch das polnische Westpreußen in deutschem Besitz bleiben. Wenn aber Ostpreußen als ein vom Ganzen durch polnisches Gebiet abgetrennter preußischer Besitz in deutscher Hand bleibt, so wird dies die Quelle unendlicher Konflikte zwischen Polen und Deutschland werden, welches letztere bemüht sein wird, eine Verbindung der beiden Teile auf Kosten Polens herzustellen. Wenn Polen wirklich ein freies und von Deutschland unabhängiges Volk sein soll, so sind nur zwei Lösungen der ostpreußischen Frage möglich: entweder muß die Königsberger Provinz, d. h. derjenige Teil von Ostpreußen, dessen Bevölkerung deutsch spricht, mit dem Polnischen Staate in Form einer Autonomie vereinigt werden, oder es muß eine unabhängige Republik werden, die mit Polen durch Zollunion verbunden ist. In beiden Fällen muß in dieser Provinz eine weitgehende Agrarreform stattfinden; die verhältnismäßig großen Besitzungen müssen für die Bauern aufgeteilt werden. Eine solche Reform würde die Grundlage bilden für eine demokratische Entwicklung dieses Landes. Die ökonomische Union mit Polen würde eine neue Krise des Wohlstandes für dieses schwach bevölkerte Land bilden und in der Folge würde eine polnische Einwanderung stattfinden, wodurch das Band zwischen den beiden Ländern verstärkt würde. Man darf mit Recht erwarten, daß die wirtschaftlichen Einflüsse genügen werden, um die Absonderung von Deutschland und die Isolierung des Königsberger Teils des Landes weit zu machen, und daß dies Land ohne irgendwelchen politischen Druck mit der Zeit ein Kernstück Polens mit gemischter deutscher und polnischer Bevölkerung werden wird.“

Dieser selbe Dmowski, der sich in dieser Denkschrift so warm für die Demokratie einsetzt, hat sich bekanntlich vorher unter der Unabhängigkeit von Polen etwas ganz anderes gedacht: nach seinem Plan sollte Polen zwar ein eigener Staat werden, aber im Rahmen des zaristischen Reiches – in dem bekanntlich die Demokratie das maßgebende Prinzip bildete. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte.

Es gibt Juristen und Juristen.

Scharfer Konflikt zwischen den Abgeordneten Liebermann und Podolski.

Warschau, 20. Januar. Während der Aussprache über den Haushalt des Justizministeriums kam es in der Budgetkommission des Sejm zu einem heftigen Meinungsaustausch zwischen dem Abg. Podolski vom Regierungsklub und dem sozialistischen Abgeordneten Liebermann. In der Polemik mit dem Abg. Liebermann erklärte Abg. Podolski:

„Es gibt Juristen und Juristen. Ich möchte diesen Aphorismus hier wiederholen, habe jedoch etwas anderes im Sinne. Es gibt Juristen, die versuchen, das Gesetz im Interesse ihrer Klienten zu interpretieren und Juristen, die es in erster Linie im Interesse des Staates auslegen. Ich habe die feste Überzeugung, daß, wenn es im Sejm mehr Juristen dieser zweiten Kategorie gäbe, weniger konstitutionelle Konflikte vorhanden wären.“

An diese Worte des Abgeordneten Podolski anknüpfend, fragte ihn der Abg. Liebermann, wer diese anderen Juristen sind, die eine spezielle Auslegung für ihre Klienten haben, und sagte schließlich: „Es gibt auch noch eine dritte Kategorie von Juristen, denn es gibt Juristen, Juristen und nochmal Juristen. Diese dritte Kategorie verdeckt jede offizielle Dreherei mit der Frage des Staatsinteresses, doch dies hat mit dem wirklichen Interesse des Staates nichts gemein. Daraufhin entwidmete sich dem „Rasch Präglad“ auf folgender Dialog: Abg. Podolski: „Herr Liebermann sagt hier, daß es noch eine dritte Kategorie von Juristen gebe, die mit einer patriotischen Phrase die Dreherei offizieller Faktoren verdecke. Nach meiner Ansicht nimmt Herr Liebermann doch nicht an, daß eine solche Kategorie im Sejm vorhanden ist.“ Abg. Liebermann: „Ich behaupte, daß es eine solche gibt.“ Abg. Podolski: „Wenn meinen Sie denn.“ Abg. Liebermann: „Sie.“ Abg. Podolski: „Ich werde hieraus außerhalb der Kommission die Konsequenzen ziehen.“

Heirat

Lehrer, 38 Jahre, evan., geschieden, staatl. Dienst, VIII. Gehaltsklasse, Inhaber einer gut. Landstelle, inbezug auf Wohn-, Verbindung, Land, Obst- u. Gemüsegarten, möchte sich wieder

verheiraten.

Nur neuzeitl. u. großz. denkende Damen im Alter bis 40 Jahre, m. Bildung u. Vermögen kommen in Frage. Off. m. Bild unt. C. 1197 an die Geschäftsst. die. Sta.

Landwirt

eigl., 25 J., 1,72 gr., sucht auf d. nicht ungeüb. Wege Damen- bekanntschaft zw. bald.

Heirat.

Besitz 10000 zl u. habe die Absicht, Landwirtschaft zw. v. Angeb. Lichibild, w. zurückgesandt wird, u. R. 434 an die Geschäftsst. d. 3.

Wo

wird Gelegenheit geboten, in ein Grundstück von 60 bis 80 Morgen

einzuheiraten.

Bin Invalide, evangel., 31 Jahre alt, Vermögen 8 bis 10000 zl. Offerten erbitte unter d. 1200 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Geldmarkt

2500 zl.

lo. geucht auf 1 städ. Grundst., a. l. Hypoth.

Off. u. g. 810 a. d. G. d.

5-Zimm.-Wohn.

frei. Adresse in der Gt. d. Dic. Rundschau. 448

3-Zimmerwohnung

zu vermieten 1275

Weinberg. 7. 7.

Zu erfrag. Möbelhaus, Br. Szarowski.

Blob m. Wohnung

zu vermieten. Anfrag.

u. B. 447 a. d. Geist. d. 3.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension.

Nähe Bahnhof, bei

deutscher Familie für

einen Herrn geucht.

Offerter unter W. 1274

a. d. Geist. d. Zeigt. erb.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension.

Nähe Bahnhof, bei

deutscher Familie für

einen Herrn geucht.

Offerter unter W. 1274

a. d. Geist. d. Zeigt. erb.

Bönnungen

zur ersten Stelle auf

altrenom. Ge-

häfts-Grundstück in

Pommern gelucht.

Angeb. nebst Bedin-

gung, w. zurück-

gesandt wird, u. R. 434

an die Geschäftsst. d. 3.

Geschäftsräume

110 qm groß, m. od. ohne

5-Zimm.-Wohn.

zum vermiet.

Telef. 2c. zu verm.

457

Dworowica 30, 2 Tr. 1ts.

Möbl. Zimm. a. bez. jol.

Herr zu vermiet.

Sienkiewicza 57, 1 Ints.

5-Zimmer-Wohnung

Zentralheizung, im Zentrum für sofort vom

Hauswirt zu vermiet.

Offer. unt. B. 1282 a. d. Geist. d. 3tg. erb.

KONTOBÜCHER

Extra-Anfertigung von Kontobüchern jeder Art schnell, sauber und preiswert

A. DITTMANN T. Z. o.p.

Tel. 61. Bydgoszcz, Jagiellońska 16

Brennholz

Riefern u. Birke

verkauf in Waggonladungen

fr. Laslowice/Pom.

1202

Dom. Laslowice/Pom.

Prima Därme

Lyc. Jagiellońska Nr. 31.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 21. Januar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen kündigen für unser Gebiet Bewölkung und strichweise Niederschläge an.

Die Forderungen der Mieter.

In Warschau fand ein Kongress der Mieterverbände, so wie der Untermietervereine in der Republik Polen statt, der mehrere Entschließungen angenommen hat. Ohne uns mit allen diesen Forderungen im Einzelnen zu identifizieren, geben wir sie hier auszugsweise wieder. Es heißt in dem Protokoll der Kongressberatungen:

Die Versammelten sehen es als unbedingt notwendig an:

a) daß in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Mai keine Exmissionen durchgeführt werden;

b) daß Exmissionen nur dann durchgeführt werden, wenn dem zu Exmissierenden von der Kommunal- oder Staatsbehörde eine andere menschenwürdige Wohnung zur Verfügung gestellt wird;

c) daß bei Bezahlung der Miete die Gerichte die Exmissionsklausur in jedem Stadium des Gerichtsverfahrens abweisen sollen;

d) daß die Regierung ein Gesetz zur Verhinderung des Wohnungswuchers einbringt und ein besonderes Bureau zur Vermietung von Wohnungen unter Aufsicht von Vertretern der Öffentlichkeit einrichtet und alle Verträge für ungültig erklärt, die ohne das offizielle Bureau abgeschlossen wurden.

Ferner sieht die Versammlung die Schaffung eines Baufonds als dringend notwendig an und weist für diesen Zweck folgende entsprechende Einnahmenquellen nach:

a) Die Einführung der Vermögenssteuer innerhalb von zwanzig Jahren von dem Großgrundbesitz, die 750 Millionen einbringen würde;

b) die Einführung eines progressiven Bushags zu der Einkommensteuer in den höheren Kategorien für den Baufonds;

c) Besteuerung der durch die Inflation und das Gesetz reduzierten Hypotheken in den Städten und auf dem Lande;

d) die progressive Besteuerung des städtischen, sowie des ländlichen Besitzes im Verhältnis zu dem Zuwachs der Mieten in der Zeit vor dem Kriege bis zum Tage der Besteuerung;

e) bedeutende und ständig wachsende Besteuerung der unbebauten Plätze;

f) Besteuerung der Lokale in alten Häusern, die dem Mieterfußgängern nicht unterliegen;

g) staatliche Beihilfe von mindestens 100 Millionen Zloty jährlich;

h) Besteuerung der Luxuswohnungen, in denen auf jeden Einwohner mehr als ein Zimmer entfällt;

i) Flüssigmachung der Kapitalien der Verbände und Versicherungsanstalten durch Erteilung von Anleihen auf neuerbauten Häusern.

(Die Forderungen der Mieter sollen demnächst dem Ministerpräsidenten in einer Denkschrift überreicht werden. Wir glauben, nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß sie mit ihren sehr einseitigen Besteuerungsvorschlägen weder bei der Regierung noch bei der Bevölkerung Beifall finden werden. — Die Schriftl.)

Wildwest im Kreise Jarotschin.

Ein unerhörter Banditenüberfall ereignete sich in diesen Tagen in der Nähe von Jarotschin, der bezeichnend für die Freiheit des heute umherstreifenden Gesindels ist. Das ziemlich abgelegene Forsthaus Osiel, welches von dem Förster Kanka bewohnt wird, wurde von einer organisierten Bande überfallen. Wenn es den Burschen nicht gelang, eine vollständige Plünderung durchzuführen, so ist dies zweifellos das Verdienst des 15jährigen Försterjungen Jarmuz, der in wahrhaft heldenhafter Weise zum Schutze des Eigentums seines Herrn eintrat.

Sur Vorgeschichte dieses Überfalls meldet das „Lissaer Tageblatt“, daß bereits früher schon der Versuch gemacht wurde, in die Försterei einzudringen. Stets gelang es aber dem Förster und seinen Leuten, die Angriffe abzuwehren. Als nun Herr Kanka mit seiner Frau eines Nachmittags nach Czajczezw zu einem Besuch einer befreundeten Familie fuhr, erschienen gegen 5 Uhr zwei unbekannte Männer in der Wohnung und erkundigten sich bei dem Dienstmädchen nach dem Wege nach Mieszkow. Dabei sahen sie sich verdächtig im Zimmer um und stellten schließlich die Frage, ob Herr Kanka zu Hause wäre. Das Dienstmädchen, das jedoch Unheil witterte, sagte mit selbstverständlicher Ruhe: „Ja, die Herrschaften sind zu Hause, soll ich vielleicht den Herrn rufen?“ Nach dieser Antwort entfernten sie sich schleunigst in der Richtung des Waldes. Das Mädchen verschloß nun sofort das Haus und wartete ungeduldig mit dem jungen Försterjungen auf das Kommen des Försters. Die Einbrecher hatten sich jedoch in der Zwischenzeit davon überzeugt, daß sie angeführt worden waren und erschienen nach ungefähr einer Stunde mit der Absicht, gewaltsam in das Innere einzudringen. Zuerst bearbeiteten sie die Tür. Da diese aber nicht nachgab, suchten sie nach einem anderen Wege; denn plötzlich hörte Jarmuz das Fenster klirren, das nach einer Kammer führt. Sofort ergriff der Knabe zum Gewehr und gab einen Schuß nach dem Fenster ab, der die erschreckten Einbrecher verschreckte. Noch ein paar Schüsse wurden ihnen nachgeschickt, die jedoch in der Dunkelheit fehlgingen.

Es verging nach diesem Versuch aber noch keine Stunde, als der Angriff ernst angenommen wurde, u. zw. erschienen jetzt vier Männer, die mit aller Gewalt das Haus „sturmreich“ machen wollten. Gisela wurde verletzt, die Tür anzuheben. Doch schon stand der 15jährige wieder mit geladenem Gewehr da und feuerte Schuß auf Schuß ab.

Dadurch wurden die Banditen eingeschüchtert und mußten sich eileise Male zurückziehen. Ungefähr eine halbe Stunde dauerte dieser Kampf. Plötzlich hörte man das Geräusch eines Wagens, der Förster kehrte zurück. Bei dessen

Anblick zogen es die Banditen vor, schleunigst im Walde zu verschwinden.

Visher ist es noch nicht gelungen, die Namen der Täter festzustellen. Die Polizeistationen stellen eifrig Nachforschungen an, und es besteht die Hoffnung, daß die Banditen werden unschädlich gemacht werden können.

§ Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am 23. d. M. um 6½ Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen nur die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen.

§ Schulfreie Tage. Einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur aufzufolge hat der Minister für religiöse Bekennnisse und öffentliches Bildungswesen angeordnet, daß im laufenden Schuljahr das erste Halbjahr am 30. Januar geschlossen werden und das zweite am Dienstag, dem 4. Februar, beginnen soll, so daß der 31. Januar, ferner der 1. 2. und 3. Februar d. J. schulfreie Tage sind.

§ Verkehrsunfall. Gestern gegen 8.15 Uhr wurde an der Ecke Bahnhof- und Fischerstraße der Kellner Stanislaus Müller, 29 Jahre alt, Feldstraße 21 wohnhaft, von dem Auto Nr. 12280 überfahren, das von dem Chauffeur Sinda gesteuert wurde. M. trug erhebliche Verlebungen an Kopf und Schultern davon. Nachdem man ihn mit dem gleichen Auto in das Krankenhaus gebracht hatte, wurde der Verletzte dort verbunden und dann in seine Wohnung entlassen.

§ Sängerausflug ins Hochgebirge. Am Sonnabend, dem 18. Januar, veranstaltete der Männergesangverein Liederfest (gegr. 1842) ein gut besuchtes, wohlgelegenes Kostümfest im Biwakino. Die Idee zur „Sängerausflug ins Hochgebirge“ ist wahrscheinlich vom 10. deutschen Bundesägerfest aus Wien mitgebracht worden, von wo aus im Sommer 1928 ungezählte Tausende deutscher Sänger fahren in die Alpen unternommen. Die festlich geschmückten Räume des Kinos zeigten prächtige Hochgebirgszenen. Vor Absturzgefahr warnten an gewissen Stellen geeignete Marterln. Beim „Röllbauer“ und beim „Weizen Ross“ entwickelte sich bald ein lebhafte Treiben. Eine flotte Kapelle sorgte für fröhliche Feststimmung, die durch echte Gebirgszitherspieler und Schrammeln noch erhöht wurde. Großen Jubel erregte der Einmarsch der Sängerchar, die unter Vorantragen einer Tafel „Wir Sänger von dem Brahestrand sind unsren Frauen durchgebrannt“ mit flott gesungenem Marschlied auf die Alm gezogen kamen. Um Mitternacht fand in Form eines Ständchens mit Ansprache eine Ehrung des um den Verein hochverdienten Sängerbruders Pohlmann statt, welcher an diesem Tage in voller Künstlichkeit sein goldenes Meisterjubiläum feiern konnte. Ein von allen Festteilnehmern jubelnd aufgenommener „Deutscher Sängergruß“ durchbrachte dem Meister zur Chr. den Saal. Der Almenzauber nahm nun mehr seinen Fortgang; mehr oder weniger echte Tiroler und Steiermärker brachten heimische Lieder zu Gehör und führten bald Solo, bald zu Paaren ihre Nationaltänze auf. Dass wegen des ganz unzeitgemäßen Streiks der bekannten Frau Holle die Rodelbahn nicht eröffnet werden konnte, tat der allgemeinen Fröhlichkeit nicht den geringsten Abbruch. Desto flotter wurde auf der Liebeswiese bei magischer Ultrastrahlenbeleuchtung getanzt. Alles in allem, ein harmonisch verlaufener Abend, welcher den Mitgliedern und Gästen in angenehmster Erinnerung bleiben wird. Den Veranstaltern Dank und Goldröschen!

§ Gefunden wurden eine Damenhandtasche mit Inhalt und ein Schlüsselbund, die vom 4. Polizeikommissariat, Borsigstraße (Wilenska) Nr. 8, abgeholt werden können.

§ Überfall. Am vergangenen Sonnabend wurde in der Schwedenbergstraße (Ks. Skorupki) vor dem Hause Nr. 13 der Obdachlose Ferdinand Neymann von einem unbekannten plötzlich überfallen. Er erhielt mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Man schaffte ihn in bedenklichem Zustande in das Städtische Krankenhaus. Der Täter konnte unerkannt entkommen.

§ Festnahme von Ladendieben. Gestern erschienen in dem Geschäft des Schneidermeisters Anton Kamecki, Johannistrasse 6, ein Herr und eine Dame, die sich verschiedene Stoffe vorlegen ließen. Plötzlich erklärten sie, daß die Stoffe ihren Wünschen nicht entsprachen und verließen das Geschäft. Die Frau des Inhabers hatte aber beobachtet, daß die angeblichen Käufer sich ein Stück Stoff im Werte von 190 Zloty angeeignet hatten. Sie benachrichtigte die Polizei, die die beiden Ladendiebe verhaftete. Es handelt sich bei den Verhafteten um die aus Kongreßpolen stammenden Josefa Redick und Leon Brudnicki.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Diebstahl, fünf wegen Schlägerei und eine Person, die gesucht wurde.

* Jarotschin (Jarocin), 16. Januar. Misglückter Anschlag? Als der Kaufmann Ernst Muschlem aus Berlin sich auf der Rückfahrt von Debno zum hiesigen Bahnhof befand, wurden drei Schüsse auf ihn abgegeben, zum Glück ohne zu treffen. Als Täter wurde Józef Baj aus Debno ermittelt und verhaftet.

* Posen (Poznań), 19. Januar. Aufklärung von Butter- bzw. Kartoffelsendungsbetrügereien. Vor einigen Wochen wurde von geheimnisvollen Butter- bzw. Kartoffelsendungen berichtet, die aus Posen nach Krakau-Katowitz aufgegeben wurden. Es handelt sich dabei um eine ganz besondere Art von Betrug, bei dessen Untersuchung die Kriminalpolizei und die Eisenbahnbahnhöfe vor einem großen Rätsel standen. Nun hat sich die Sache aufgeklärt. Im Laufe der Ermittlungen entdeckte man in Königslütte eine Kiste, die in der Zeit der ButterSendungen als Gisselführung aufgegeben und deren Inhalt als „Monteurwerkzeug“ definiert war. Als man diese Kiste näher betrachtete, stellte es sich heraus, daß sie nicht für den Transport von Monteurwerkzeugen gebaut war, sondern für den Transport eines lebenden Menschen, wovon eine Decke, ein Kissen usw. zeugten. In dieser Kiste befand sich auch eine Flasche mit Kleister, und man kam bald auf den Gedanken, daß der in dieser Kiste in Polen aufgegebene Mann während des Transports die Etiketten auf den Fässern umgetauscht hatte. Auf diese Weise wurde statt der Kartoffeln, die sich in Fässern befanden, die von den Betrügern als Butter aufgegeben worden waren, Butter ausgeladen. Die Staatseisenbahn ist durch diese Manöver um 9000 Zloty geschädigt worden. Nach mühseligen Nachforschungen wurde festgestellt, daß die Kartoffeln in Polen von den Gebrüdern Sylwester, Leon und Kazimierz Gajorek aus der ul. Gen. Chłapowskiego 3 (fr. Wilamowitschstraße) aufgegeben waren. Sylwester war bereits nach Holland geflüchtet. Ein Bruder wurde als „Monteurwerkzeug“ aufgegeben, gleichzeitig mit

Mündliche Zusstellung der Deutschen Rundschau

wird erreicht, wenn das Abonnement für Februar-März oder für den Monat Februar heute noch erneuert wird!

den als Butter deklarierten Kartoffelfässern. Während des Transports führte der in der Liste „eingelerte“ Betrüger die betreffenden Manöver aus, stieg wieder in die Kiste und wurde nach seinem Eintreffen auf der Bestimmungstation abgehoben. Die Kiste war so eingerichtet, daß man sie von innen öffnen konnte.

* Lissa (Leszno), 20. Jan. Die Stadtverordnetenwahlen ungültig erklärt. Am Freitag wurde vor dem Verwaltungsgericht der Wojewodschaft in Posen der Antrag der Regierungspartei betreffend die Ungültigkeitsklärung der Lissauer Stadtverordnetenwahlen bestätigt. Über den Termin der Neuwahlen ist noch nichts bekannt.

* Crone (Koronowo), 20. Januar. Durch leichtes Umgehen mit einem Tsching brachte am 17. d. M. der 24 Jahre alte Arbeiter Kucharski von hier seinem 7jährigen Bruder einen Schuh in den Unterleib bei. Der Schuh soll nur „zum Spaß“ auf seinen Bruder gezielt haben, ohne zu wissen, daß das Tsching geladen war. Der verletzte Knabe wurde sofort nach Bromberg zur Operation gebracht. An seinem Aufkommen wird gezwifelt. — Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2—2,40, Eier die Mandel 3—3,50, Weißkäse 0,50, Hühner 4—5,50, Puten 1,00 das Pfund, junge Tauben 1,50 das Paar, Apfel 0,50—0,80, Zwiebeln 7 Pfund 1,00, Rote Rüben 0,15, Weißkohl 0,15 bis 0,25, Rotkohl 0,35, Suppengrün 0,20 das Bündchen, Kartoffeln 3—4,00 der Bentner, Brüken 0,10, Mohrrüben 0,15, grüne Heringe 0,50, Hechte und Schleie 2,20—2,40, kleine Sorten 0,50—0,80. — Auf dem Schneimarkt zahlte man für fette Schweine 110—115 Zloty pro Bentner. Ferkel von sechs Wochen wurden mit 110—120 Zloty pro Paar gehandelt.

* Sadke (Kreis Wirsitz), 20. Januar. Die öffentliche Bandstraße Sadke-Hermannsdorf, welche seit Jahren stark befahren wird, war im Herbst in so schlechtem Zustand, daß die Fuhrwerke stellenweise bis an die Achsen einsanken. Diesem Übel hat man endlich abgeholfen. Die Chauffierung ist nun fertiggestellt und die neue Chaussee ist jetzt dem öffentlichen Verkehr übergeben.

* Argenau (Gnierekowo), 20. Januar. Kirchendiebstahl. In der Nacht zum 19. d. M. wurde in der hiesigen evangelischen Kirche ein frecher Diebstahl ausgeführt. Dieben zerstörten eine Fensterscheibe und gelangten auf diese Weise in die Kirche, wo sie den Opferkasten mit Inhalt entwendeten. Die Polizei hat sofort Nachforschungen nach dieser Diebesbande eingeleitet.

Freie Stadt Danzig.

* Wegen Körperverletzung mit Todesfolge hatte sich vor dem Schwurgericht der Kahnsteifer Stefan Kurek zu verantworten. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten auf Grund der Berücksichtigung weitgehender mildernder Umstände zu dem niedrigsten zulässigen Strafmaß von drei Monaten Gefängnis. Zwei Monate der Strafe gelten als durch die Untersuchungshaft verhängt. Außerdem wurde dem Angeklagten für den Rest der Strafe auch Strafauflösung bis zum 1. Februar 1928 gewährt und der gegen ihn erlassene Haftbefehl aufgehoben.

* Trauriger Unfall eines 75jährigen. Am Montag ereignete sich an der Ecke Neugarten-Eisenbahnüberführung ein bedauerlicher Unglücksfall, dem der 75jährige Altstädter Ferdinand Lippe aus Danziger Höhe zum Opfer fiel. Der alte Herr war nach Danzig gekommen, um einen Gerichtstermin wahrzunehmen. Als er, vom Krebsmarkt kommend, den Fahrdamm an der genannten Stelle überschreiten wollte, vernahm er, daß er auf dem rechten Ohr schwerhörig ist, nicht die Warnungssignale einer von Danzig nach Schilditz fahrenden Straßenbahn und lief direkt vor den Motorwagen. Es war dem Straßenbahnfahrer nicht mehr möglich zu bremsen, um das Unglück zu verhindern. Der Unglückliche wurde zu Boden geschleudert und erlitt eine starke Blutung im Kopfverletzung, einen Bruch des rechten Knöchels und schwere Brustquetschungen. In einem Sanitätswagen wurde der Bedauernswerte in das Diaconissenkrankenhaus geschafft.

Schwerer Flugzeugabsturz.

16 Tote.

New York, 20. Januar. Wie aus Los Angeles gemeldet wird, stürzte über der Strandpromenade von San Diego ein dreimotoriges Großflugzeug mit 16 Insassen ab, die sämtlich getötet wurden. An Bord befanden sich zwei Führer und 14 Fluggäste, darunter acht Frauen. Das Flugzeug kam von Agua Caliente, wo ein Pferderennen stattgefunden hatte. Die Ursache des schweren Unglücks konnte noch nicht ermittelt werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 21. Januar.

Kralau + 2,67, Samischof + 1,22, Marischau + 1,25, Bock + 0,77, Thorn + 0,65, Norden + 0,94, Culm + 1,05, Graudenz + 0,96, Kurzebrak + 1,09, Bidel + 0,34, Dirischau + 0,12, Einlage + 2,26, Schiewenhorst + 2,52.

Chef-Dektor: Gottlob Stark; verantwortlicher Dektor für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Biele; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hoyer; für Anzeigen und Reklame: Edmund Prangodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., lärmlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 17.

Es hat Gott dem Herrn über Leben und Tod gefallen, nach langjähriger Krankheit plötzlich und unerwartet aus diesem Leben abzurufen meinen lieben Mann, unsern treusorgenden Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, den

Landwirt

Wilhelm Heise

im Alter von 54 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Luisa Heise geb. Menz.

Mirowice (Friedingen), den 20. Januar 1930.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 23. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus statt.

465

Tüchtige Gärtnergehilfen
stellt sofort ein **Gärtnerei Bruno Schröder**
1277 Bydgoszcz - Tarnówko Grunwaldzka 66.

Zum 1. April d. Js. verb., herzhaftlicher

Kutschler

gesucht. 1226
Herrschaft Liszkow,
powiat Wyrzysk.

Damen

die sich wegen Stellung
zur Ausreise nach War-
schau am 17. und 18. d.
Mts. im Büro der

Mechan. Schuhfabrik
"Standart". Woje-
wodzka, meldeten sind

gebeten, bis zum 22.1.30
nochmals vorzutreten.

Zu melden von 10 Uhr
morgens bis 6 Uhr
abends. 451

451

Aeltere, evangelische

Dame

für frauenlos. Landsitz

von 150 Morgen. Bade-
ort z. Gel. d. Haustocht.

u. Mitbeauftragtia. der

Wirths. gesucht. Christl.

Gesinn. Poln. in Wort

und Schrift erwünscht.

Anfragen mit Bild. Ge-

burtsdatum. Familien-

angaben, Gehaltsan-

sprüchen unter L. 1271

a. d. Geicht. d. Zeitg. erb.

Bis jetzt in ungefährd.

Stellung gewesen. Off.

unter A. 1281 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451

451</p